

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

36 (12.2.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Dinare, Belegbehalten und 20 Dinare o. bei Werbestellen 8 Dinare. Die Reklame-Millimeterzeile kostet 10 Dinare o. bei Werbestellen 8 Dinare. Bei der Anzeigenerstattung ist die Anzeigenerstattung zu berücksichtigen. Bei der Anzeigenerstattung ist die Anzeigenerstattung zu berücksichtigen.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Witz, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. 100 Pfennige, 2.20 Mark o. 90 Pfennige durch den Postweg. Einzelhefte 10 Pfennige. Einzelhefte 10 Pfennige. Einzelhefte 10 Pfennige. Einzelhefte 10 Pfennige.

Nummer 36

Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Februar 1931

51. Jahrgang

Schluss der Aussendebatte

Scharfe Auseinandersetzungen, jedoch keine Beschimpfungen, da Nazis und Deutschnationale abwesend sind
Misstrauensanträge gegen Curtius abgelehnt

Berlin, 11. Febr. (Eig. Draht.)

Der Reichstag setzte am Mittwoch die außenpolitische Aussendebatte fort.
Die Sitzung begann mit der Erklärung eines von den Kreisenden abgefallenen Mitgliedes der nationalen Opposition. Der Landvolkführer Abg. Döbrich setzte sich in einer kurzen aber gepfefferten Erklärung mit den Latein seiner nationalsozialistischen Gesinnungsgenossen auseinander. Er warf den Deutschnationalen vor, daß sie selbst früher Verurteilungen der Geschäftsführung entsprechend den heutigen Beschläüssen gefügt hätten. Außerdem hätten die Nationalsozialisten in Thüringen dieselbe Geschäftsordnung mitgemacht und ausgeführt. Döbrich sagte, daß die ihm treu gebliebenen Mitglieder seiner Fraktion sachliche, nicht grundsätzliche Opposition machen wollten.

Auch der fernere Verlauf der Sitzung zeigte, daß die Flucht der Rechtsradikalen keineswegs zu einer langweiligen allgemeinen Übereinstimmung im Reichstag geführt hat. Es wurde mitunter scharf diskutiert, nur die Beschimpfungen und wüsten Unterstellungen fehlten.
Man muß den Kommunisten schon das Kompliment machen, an diesen beiden Tagen gezeigt zu haben, wie sehr die Nationalsozialisten und Deutschnationalen an parlamentarischer Schulung und Zurückhaltung unter dem Niveau der kommunistischen Fraktion stehen. Freilich brachte ihr Redner in dieser außenpolitischen Debatte viel Unflut vor. Seine Schreihaltung, daß der Reichstag von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten eine Einheitsfront bilde, kann doch wohl nur mit Gelächter aufgenommen werden. Besser war sein Beweis, daß die Nationalsozialisten nicht zuletzt aus Rücksicht vor einer Stellungnahme zur Außenpolitik geflohen seien. In der Tat hat ja ihre entschlossene Haltung gegenüber dem Völkerbund, haben die demütigsten Erklärungen Hitlers an französische Chauvinisten, die auch Abg. Breitscheid später ironisiert hat, und hat die Ablehnung kommunistischer Anträge gegen den Youngplan und Versailler Vertrag deutlich genug gezeigt, daß die Nationalsozialisten eine sehr schwankende Außenpolitik betreiben. Wahrscheinlich hat der Kommunist recht, wenn er sagte, die Nationalsozialisten seien sehr froh, daß sie zu den kommunistischen Anträgen gegen Krieg und Versailles nicht Farbe zu bekennen brauchen. Die Kommunisten glänzen nun in dem Stadium gegenüber den Tributen und Verklammerungen der nationalsozialistischen und leidenschaftlichen Vertreter eines oppositionellen Nationalismus zu sein. Wenn dagegen der Kommunist behauptete, Stahlhelm und Reichsbanner seien die schwarze Reichswehr der deutschen Bourgeoisie für den Krieg gegen Rußland, so grenzt das an Trünn. Niemand von der russischen Regierung wird im Ernst an einen solchen Mann glauben. Der Kommunist sagte das nur, um die Arbeiter seiner Richtung gegen die antifaschistische Organisation des Reichsbanners aufzuputschen.

Die nationalsozialistische Opposition bekannte sich dann nach der Wirtschaftspartei Mollath, der Landvolkführer Hopp und der christlich-sozialen Abg. Simpfendorfer. Er hielt eine im ganzen sympathische Rede, indem er die Christen der Welt aufzuforderte, mit den deutschen Christen gemeinsam gegen die Kriegsschuldfrage und für eine Weltpropaganda gegen den Versailler Vertrag gemeinsame Sache zu machen. Würde auch von den Sozialdemokraten das Christentum Simpfendorfers als echt empfunden, so riefen einige unglückliche Bemerkungen des Jungdeutschen Abg. Abel wiederholt den Einspruch der Sozialdemokraten hervor. Herr Abel vertritt zwar nur sechs Abgeordnete, aber er tritt auf, als hätte er die stärkste Fraktion hinter sich. Als seine Plattformen nicht die nötige Aufmerksamkeit im Hause fanden, wurde er aggressiv und drohte den Sozialdemokraten und der Mitte mit dem Kündigen der Unterstützung seiner Fraktion an die Reichsregierung. Ein bayerischer Volksparteier und der Raatsparteiliche Redner Dr. Reinhold sprachen für die Außenpolitik des Reichsministers Dr. Curtius.
Dann nahm Abg. Dr. Breitscheid zu seiner Rede das Wort, die sowohl die Regierungsbank, wie die langen Reihen der Abgeordneten zur Aufmerksamkeit zwang. Der Kern seiner Rede war der Hinweis, daß selbst bei einem französischen Willen die Entscheidung über die Lösung der Reparationsfrage bei Nordamerika liegt. Darum sei es unflätig, Jmetracht zwischen die europäischen Völker, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich zu tragen. Eugenberger hat jüngst wahrheitswidrig behauptet, die Sozialdemokratie stünde in dunklen Beziehungen zu westlichen Weltmächten. Der Mann wurde im Auswärtigen Ausschuss gestellt. Zu feige, um sich zu verantworten, schickte er dann hinter verschlossenen Türen seinen Büchsenkammer Quack vor. Dieser erklärte großspurig, seine Fraktion werde in öffentlicher Parlamentsführung dazu Stellung nehmen. Bis jetzt aber haben der Lügner Eugenberger und seine gleichwertige Gesellschaft sich geduldet. Breitscheid sagte: Aber solche Behauptungen aufstellt, wie der Abg. Eugenberger,

macht sich einer schrankenlosen Verleumdung schuldig. Der Vorwurf, ein schrankenloser Verleuder zu sein, bleibt also so lange auf Herrn Eugenberger sitzen, als er nicht entweder seine Verleumdung dementiert, oder sie zurücknimmt.
Den Abschluß des Tages bildete eine gedämpfte nationale Rede des konservativen Abgeordneten Grafen Weizsäcker. Es folgten die Abstimmungen.
Der Zentrumsabgeordnete Erling beantragte, über das deutschnationalen Misstrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da die Antragsteller durch Fernbleiben aus dem Hause kün-

detan hätten, daß sie an ihrem eigenen Antrag kein Interesse hätten. Das Haus stimmte dem zu. Der kommunistische und der Landvolkantrag gegen den Reichsaussenminister Curtius wurde in gemeinsamer namentlicher Abstimmung abgelehnt.
Über die sonstigen noch vorliegenden Anträge soll morgen abgestimmt werden.
Es ist beabsichtigt, über alle nationalsozialistischen und deutschnationalen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung hinwegzugehen, solange diese beiden Fraktionen der Parlamentsarbeit fernbleiben.

Reichstagsrede Breitheids

Verständigungspolitik auf dem Boden der Gleichberechtigung Deutschlands

In seiner ausgesprochenen gestrigen Reichstagsrede zur Außenpolitik führte Abg. Dr. Breitscheid (Sos.) aus:

Was Herr Abel gesagt hat, daß so wenig an positiven Vorschlägen und neuen Wegen gebracht, daß keine Veranlassung besteht, sich damit auseinanderzusetzen. (Sehr wahr bei der Mehrheit). Er hat u. a. behauptet, wie wenig nutzlos, wenn wir nur das Wort „Christentum“ hören. Wir haben ihn nur gefragt,

welches Volk nach seiner Uebersetzung das größte Volk der Welt

wäre, denn alle Nationen mit Ausnahmen der russischen stellen sich als allchristliche hin. Schließlich ist der Wagen, auf dem Herr Abel in den Reichstag gefahren wurde, wohl auch kein rein christlicher gewesen. (Heiterkeit.)

Es ist jetzt insofern große politische Mode, neue Wege zur Außenpolitik zu finden, zu suchen und zu skizzieren und da die Außenpolitik, ähnlich wie die Heilkunde zu jenen Dingen gehört, auf dem sich der größte Dilettantismus mit Vorliebe tummelt, sind der Neuen, der Reformatoren, meist sehr viele. Soll aber eine solche Ansprache fruchtbar sein, muß man leben, das man, wenn nicht über den Berg, so doch über das Ziel der auswärtigen Politik einig sein konnte.

Unter Ziel ist von jeder ein auf völliger Gleichberechtigung beruhendes Zusammenleben der Nationen, die verflüchtigt und entschlossen sind zwischen ihnen ausbrechende Perestrojungen nicht mit den Waffen, sondern friedlich auszutragen und die gleichzeitig von der Uebersetzung durchgeführten sind, daß das Zusammenleben aus Zusammenarbeiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bedeutet.

Dabei ist natürlich auch für uns alle in diesem Hause eine der wichtigsten Aufgaben für Deutschland die Gleichberechtigung zu erlangen und jene Schranken zu beseitigen, die der Gleichberechtigung durch die Versailler Friedensbestimmungen gesetzt worden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir den Weg der Verständigung bestritten, einen Weg, der oft eine sehr dornenpolle Straße gewesen ist. Dieser Weg führte uns von der Unterzeichnung von Versailles über die Unterzeichnung des Damesabkommens über Locarno und den Eintritt in den Völkerbund zur Annahme des Youngplans. Mit hämlichem Anterton haben die Gegner dieses Systems als Erfüllungspolitik bezeichnet. Wir waren immer bereit, diese Bezeichnung aufzunehmen, betont aber, daß der letzte Weggrund für diese Erfüllungspolitik war, Deutschland und dem deutschen Volke das Vorwärtstommen zu ermöglichen, und gleichzeitig die Bahn für die Erkenntnis zu eröffnen, daß die Politik der Siegermächte nicht nur Deutschland, sondern der gesamten Welt schadet, daß sie vor allem das Wirtschaftsgeschehen der Welt in eine gefährliche Unordnung gebracht habe, und weiter zu bringen drabe.

Ich glaube, wir dürfen uns schmeicheln, daß diese Politik, die auf eine Verbesserung der Erkenntnis gerichtet war, gerade in der letzten Zeit einen Erfolg erzielt hat. Man braucht nur an die Diskussionen zu denken, die jetzt international über die deutschen Reparationslasten geführt werden, und mehr und mehr die Uebersetzung hervorzuheben, daß dieses

Reparationsystem eine Belastung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt

bedeutet, nämlich eine gewaltige Fehlleitung des Kapitals, die gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Weltkrise sich besonders fühlbar machen muß. Jedenfalls kommen wir mit dieser Politik sehr viel weiter, als wenn man dem kommunistischen Antrag folgend, die Reichsregierung auffordern wollte, die Youngzahlungen sofort einzustellen. Jeder Vernünftige weiß, daß eine solche Zahlungseinstellung der deutschen Wirtschaft alle ausländischen Kredite sofort sperren würde. Da man auf Geld ja nicht vollständig verzichten kann, würde dann nur die Methode bleiben, die die Nationalsozialisten unter Führung des Herrn Feder vorgeschlagen. (Heiterkeit.) Ich fürchte nur, daß die Katastrophe sehr viel verhängnisvoller sein würde als das, was wir unter der Zahlung der Reparationen zu leiden haben. (Sehr wahr.)

Mit Genugtuung haben wir die Erklärung des Reichsministers begrüßt, daß die Regierung den Zeitpunkt für ein Vorgehen in der Reparationsfrage sich nicht durch irgendwelche Rücksichten auf Populartätigkeitshetzei vorzeichnen lassen wird. Wir erwarten, daß die Regierung diesen

Zeitpunkt mit Vorlicht und Umsicht

wählt und sich im Gegenakt zu Herrn Abel der Uebersetzung, daß ein der weitestgehenden Voraussetzungen für eine Intervention in der Reparationsfrage ist, daß man die Finanzwirtschaft im eigenen

Land in Ordnung gebracht hat. Ein Beweis dafür, daß wir durch unsere Außenpolitik ein besseres Verständnis für die internationalen Schwierigkeiten der Reparationsfrage aufgebracht haben, ist der Vorschlag des Franzosen Graf D'Amboise.

Diesem Verständigungsvorschlag zur Reparationsfrage gegenüber bin ich etwas optimistischer als Dr. Kaas. Der Franzose steht weitgehend dem Zentrum näher als uns. Sein Vorschlag ist mindestens eine sehr wertvolle Diskussionsbasis — nicht mehr. Denn es passiert bei solchen Dingen nur selten, daß etwas von vornherein schon annehmbar vorgebracht wird. Ich weiß nicht, welchen Einfluß dieser Franzose und wieviele Menschen in Frankreich er hinter sich hat, aber daß für diese Idee einer Billeistung Frankreichs für Deutschland wie für jedes Wert zur Verständigung beider Völker und zur Erleichterung der deutschen Lasten mindestens die französischen Sozialisten zu haben sein werden, die das bei jeder Gelegenheit beweisen haben. Wesentlich aber ist schließlich nicht allein, was man in Frankreich tut, sondern in Wirklichkeit liegt das

bei den Vereinigten Staaten von Amerika.

(Sehr richtig.) Es ist nichts gefährlicher, als wenn unsere Nationalisten fortgesetzt Konflikte zwischen den europäischen Staaten heraufbeschwören wollen, in einem Augenblick, wo diese sich gegenüber Amerika einigen müßten nicht im feindlichen Sinne, sondern um die Vereinigten Staaten von dem für Europa Notwendigen zu überzeugen. Ich weiß nicht, woher der Abg. Abel die Ermächtigung angenommen hat, im Namen des amerikanischen Präsidenten die bestimmte Versicherung abzugeben, daß USA. auf ihren Forderungen bestehe. Ich glaube er überschätzt nicht nur seinen Einfluß, als „Nationaler Opponent“, sondern auch seine Kenntnis! (Heiterkeit.)

Die Nationalsozialisten befinden sich auch hier wieder in einer merkwürdigen Gemeinschaft mit den französischen Nationalisten,

die unter der Führung der Abg. Franklin Bouillon und Mandel einen Feldzug dagegen eröffnen, daß man französisches Geld nach Deutschland gebe, Frankreich also Deutschland helfe. Es gibt eigentlich nichts Internationaleres als den Nationalismus. Er ist für die einen der Wind in die Segel, für die anderen das Wasser auf die Mühle. (Sehr gut.)

Rollen wir zur Verständigung in Europa kommen, so muß bei der deutsch-französischen Verständigung

angefangen werden. Wir Sozialdemokraten haben das von Anfang an verlangt, selbst auf die Gefahr hin, daß wir deshalb besondere Franzosenfreundschaft oder auch des Landesrerrats beschuldigt werden.

In der jüngsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses haben wir von Herrn Eugenberger nähere Auskunft über seine Behauptung im Sportplatz verlangt, daß nämlich wir

Sozialdemokraten dunkle Beziehungen zu gewissen westlichen Geldmächten

hätten. Eugenberger hat nicht geantwortet und nur sein Büchsenkammer Dr. Quack (Heiterkeit) hat gesagt, diese wichtige Sache werde man nicht im Auschuß, sondern hier im Plenum erörtern. Wir wundern uns nun, daß die Deutschnationalen jetzt die Gelegenheit veräumen, vor dem Volke zu erklären und uns dauernder Beziehungen zu Frankreich oder anderen westlichen Geldmächten zu überführen. Der Ankläger ist nicht erschienen. Die Angeklagten erklären, wer eine solche Behauptung aufstellt, macht sich damit einer

schrankenlosen Verleumdung

schuldig. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.) Als einen neuen Weg für die Dipolitik hat Herr v. Seedi in Vorträgen zu Minister den Austritt aus dem Völkerbund bezeichnet. Wenn Herr v. Seedi dabei acht Tage nach den Genfer Verhandlungen gesagt hat, daß der deutsche Außenminister im Völkerbund unermesslich nur Niederlagen und Fehlschläge erleben könne, so erscheint mir das nicht nur als eine politische, taktisch und strategisch sehr glückliche Wendung. Kann irgend jemand im Ernst heute annehmen, daß Deutschland außerhalb des Völkerbundes mehr erreichen würde als in ihm. Die von den Sozialdemokraten immer für notwendig erklärte deutsch-französische Verständigung ist auch in vielen Artikeln von Adolf Hitler propagiert worden zu jener Zeit, als er sich bei dem Franzosen Gustave Herz in Uebersetzung von dessen Bedeutung ausbiedern wollte. Wir wollen unsere Resolutionsaktion

nicht verquiden lassen mit der italienischen Revisionbewegung,

die einen imperialistisch-nationalistischen Charakter trägt. Ich glaube, das ist weder politisch, noch taktisch klug. Wir lehnen selbstverständlich den Misstrauensantrag gegen den Außenminister ab (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ersatzwahlen für weggelaufene Nazis

Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß am Donnerstag die durch den Auszug der Nationalsozialisten erforderlich gewordene Neuwahl des Vizepräsidenten und des zweiten Schriftführers vorzunehmen. Die in den Ausschüssen freigebliebenen Stellen der Vorsitzenden werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. In Frage kommt der Auswärtige Ausschuß, der Rechtsausschuß, der Ausschuß zur Überwachung der Rechte des Reichstags und der Wohnungsausschuß.

Der Reichstagsrat beschloß ferner, daß künftig die Berichterstattung aus dem Auswärtigen Ausschuß im Plenum nur auf Fälle beschränkt werden solle, in denen das Plenum dem Ausschuß bestimmte Vorschläge überweisen hat.

Von den Nationalsozialisten ist am Mittwoch nur der Abg. Seibr im Reichstagsrat erschienen. Er wird sozusagen als Verbindungsmann die Geschäfte der Fraktion weiterführen. Zu den Ausschüssen sind außer den Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen noch nicht erschienen. Außer dem Wohnungsausschuß tagten der Strafrechts- und der Sozialpolitische Ausschuß.

Die Deutschnationalen nach der Flucht

DNV, Berlin, 12. Febr. (Eig. Meldung.) Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, die wie gemeldet, dem Abg. Stubendorfer die Teilnahme an den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über die Kognatunterstützungsaktion verweigert hat, im übrigen aber den Arbeiten im Reichstagsrat vorläufig fernbleiben will, wird anfangs nächster Woche die Frage unterziehen, ob eine Notwendigkeit, irgend etwas innerhalb des Reichstags zu unternehmen, besteht. Ueber die grundsätzliche Einstellung der Fraktion veröffentlicht die Mittelteilungen der Deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung, in der ausgeführt wird, die Regierung Brünning möge sehen, wie sie etwa den Wehretat oder die wirtschaftlichen Gesetze durchbringe, oder wie sie die Agitationsanstrengungen der Kommunisten, die die Sozialdemokraten mitmachen, abzuwehren gedenke. Die Fraktion werde von Fall zu Fall selbst entscheiden, welche Haltung sie dem Reichstag gegenüber einnimmt.

Landvolk schließt Nazimillitärläufer aus

Berlin, 11. Febr. (Eig. Draht.) Die Fraktion des Landvolk hat die Abgeordneten Wendhausen, Sobel und Sieber, die den Auszug der Nationalsozialisten mitgemacht haben, ausgeschlossen. Der vierte Landvolkabgeordnete Haas, der daran teilgenommen hatte, hat sich unterworfen und ist in den Reichstag zurückgekehrt.

Immer wieder Kriegsschuldfrage-Anträge

Im Reichstag haben die Abgeordneten Dauch-Hamburg (DNV) und Perltius (Zentr.) eine Entschließung zur Kriegsschuldfrage eingebracht, in der es heißt:

Deutschland fordert zur Beilegung des Artikels 231 im Versailler Vertrag die Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun um diese Forderung durchzuführen.

Anleihe vollzogen

DNV, Berlin, 11. Febr. Wie wir von unserer unterrichteten Seite erfahren, ist die Aktion des Reichsfinanzministeriums wegen der Beschaffung der Zahlungen für Eisenbahnvorschußanleihen heute ebenfalls abgeschlossen worden.

Naziminister Franzen verbietet Reichsbannerkundgebung

Braunschweig, 11. Febr. (Eig. Draht.) Der Naziminister Franzen hat durch das Braunschweiger Polizeipräsidium den für den 22. Februar geplanten Aufmarsch des Reichsbanners und dessen Kundgebung unter freiem Himmel verboten. Dagegen wurde eine Veranstaltung der Nazi zu dem gleichen Termin erlaubt, obwohl die Veranstaltung des Reichsbanners schriftlich und sofort eingereicht worden war.

Der Vorgang zeigt in vollem Umfang die parteipolitische Einseitigkeit der nationalsozialistischen Parteibuchführung.

Aushebung von Maschinengewehren in Neu-Ulm

Ulm, 11. Febr. Am Montagabend konnten laut Donau-Nachricht in Neu-Ulm zwei Maschinengewehre, die tabellos in einem Schuppen außerhalb der Stadt ausgehoben und der Polizei übergeben wurden. Wenn sie gehören, wird die Polizei zu ermitteln haben.

Die Münchener Hochverratsuntersuchung

Hauptmann a. D. Richter aus der Haft entlassen

München, 11. Febr. Nach einer Meldung des Böltischen Beobachters ist der am Montag im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen bei der Leitung der nationalsozialistischen SA in München unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftete Hauptmann a. D. Richter am Montagabend aus der Haft entlassen worden. Das Ermittlungsverfahren geht weiter.

Bestrafte Schmähung der Reichsflaggen

Vor dem Stuttgarter Schwurgericht hatte sich der Redakteur Joh. Böhn des in Württemberg erscheinenden nationalsozialistischen Wochenblattes wegen Vergehens gegen das Republikshandbuchs zu verteidigen. Das Blatt hatte wenige Tage vor der Reichstagswahl einen Artikel gebracht, der sich mit den Flaggenfarben des Deutschen Reichs beschäftigte. Der Artikel war gesteuert mit Ausdrücken wie „die deutschen Berufsgauner“, „Korruptionslügen“, „die sogenannte Republik“ und schloß mit den Sätzen: „Kein vernünftiger Mensch von Charakter wird wohl von einem Frontsoldaten, der Leben und Gesundheit aufs Spiel setzt, während mit schwarz-rot-goldenen Farben aufgefördert wurde zum Landverrat, verlangen können, daß er die Farben der Salunken und Heberläufer als die seines Vaterlandes anerkennt.“

Im übrigen ist, wie uns von aufständiger Stelle mitgeteilt wird, die ganze Behauptung des Führers über den Kinobesuch des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Lausanne aus den Fingern gezogen, indem festgestellt wurde, daß der Reichsaussenminister Curtius während der Reichstagsung des Völkerbundes Genf überhaupt nicht verlassen hat, so daß er also den vom Führer gemeldeten Kinobesuch in Lausanne gar nicht machen konnte. Wir haben also wieder eine der üblichen nationalsozialistischen Schwindelmethoden vor uns.

Urabstimmung bei der Hütte Ruhrort-Weidrich

Duisburg, 11. Febr. Bei der heute auf der Hütte Ruhrort-Weidrich vorgenommenen Urabstimmung der Belegschaft über den Antrag der Verwaltung stimmten von 6870 Stimmberechtigten 6594 für den Vorschlag stimmten 2127, dagegen 4400 Stimmberechtigte. 67 Stimmen war unglücklich. Bei den Angestellten waren im Ganzen 1027 Stimmberechtigter, wovon 998 ihre Stimme abgegeben haben. 892 stimmten für den Vorschlag, 91 dagegen. Unglücklich waren 15 Stimmen.

Sparpredigt Snowdens

England soll auch sparen

London, 12. Febr. (Funkdienst.) Das konservative Misstrauensvotum gegen die Regierung wurde um 11 Uhr nachts mit 310 gegen 235 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Schatzsekretär Snowden in seiner atonalen Unterhausrede mit den Konservativen abgerechnet hatte, richtete er eine ernste Mahnung an die Parteien. Er sagte, die wirtschaftliche und finanzielle Lage Englands sei sehr ernst. Die Produktion sei um 20 Prozent gefallen, und dementsprechend auch die Staatseinnahme. Zur Ausbalancierung des Etats müsse eine Ausgabenbeschränkung versucht werden. Von allen Parteien müßten jedoch Opfer gefordert werden, wenn England die Krise überleben solle. Nicht eine einzelne Partei könne die Krise überleben. Die Not der Stunde erfordere die gemeinsame Anstrengung und die Kraft aller, um der schwierigen Lage des Landes Herr zu werden und um den alten Wohlstand wieder herzustellen. Parteivorteile aus dieser schweren nationalen Krise herauszuschlagen, wäre der Ruin des Landes. Die sensationelle Rede Snowdens war die Feststellung, daß die durch die Arbeitslosigkeit verursachten starken Ausgaben nicht mehr in demselben Ausmaß beigekürzt werden können.

Er wolle, fuhr Snowden fort, kein Geheimnis daraus machen, daß eine weitere heftige Belastung der Produktionswirtschaft der Tropfen sein würde, der den Becher zum Überlaufen bringen würde. In eindringlichen Worten, die vor allem an die breiten Massen der eigenen Partei gerichtet schienen, unterstrich dann Snowden nachdrücklich noch einmal die Notwendigkeit von Opfergaben, ließ eine Andeutung einfließen, daß das Kabinett eine Verminderung der Ministergehälter beabsichtige und erbot diesen Teil seiner Rede mit der bemerkenswerten Feststellung, Pläne, die große Ausgaben bedeuteten, würden, auch wenn ihre Durchführung noch so wünschenswert sei, warten müssen, bis eine Besserung im Wirtschaftsleben eingetreten sei. Das einstige Ziel seines 40jährigen Lebens als Politiker sei es gewesen, das Los der arbeitenden Massen zu verbessern. Dieses sei auch weiterhin sein Ziel, und wenn er um zeitweilige Zurücksetzung von sozialen Forderungen, so um Opfer bitte, so wünsche es aus der Überzeugung heraus, daß dies notwendig sei, um künftige Fortschritte in dieser Beziehung nicht zu gefährden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Unterhauses erariff als Vertreter des linken Flügels der Arbeiterpartei der Abg. William Brown das Wort zu Ausführungen, die einen unerbittlichen Angriff gegen Snowden bedeuteten.

Schließlich wurde das konservative Misstrauensvotum doch abgelehnt.

Deutsche Außenpolitik im Zeichen Hitler-Hugenberg?

Die Meinung der Pariser Presse zur Curtius-Rede

Paris, 11. Febr. (Eig. Draht.) Der Eindruck, den die Reichstagsrede des Außenministers Curtius in Paris hervorgerufen hat, ist wenig erfreulich. Die französische Presse erkennt zwar an, daß Curtius sich in Ton und Sprache eine Mühe zu geben aufgelegt habe und nichts gesagt hat, was nicht schon früher gesagt worden ist. Trotzdem aber sei der Zeitpunkt für eine generelle Offensive in der deutschen Außenpolitik der denkbar ungünstigste gewesen, denn er habe die kaum wieder aufgehellte internationale Atmosphäre auf neue verdunkelt.

Der Temps nennt die Rede eine schwere Enttäuschung und er hält dem lückelosen Programm der deutschen außenpolitischen Forderungen eine nicht minder lückelose Aufstellung aller deutschen Sünden von der angeblichen Alleinschuld am Kriege bis zum schlechten Zahlungsverhalten und Revisionenverlangen entgegen. Vom Erbe Stresemanns sei unter Curtius nichts anderes übrig geblieben, fügt der Temps hinzu, als die moralische Garantie, daß Deutschland seine Forderungen nur auf friedlichem Wege durchführen wolle. Wenn aber Curtius fortfahre, wie am Dienstag, mit verbaler Schärfe die Forderungen der Hitler und Hugenberg zu ermutigen, so müsse man sich fragen, wie lange diese Garantien noch bestehen würden. Der Paris-Mitteil bezeichnet die Rede als eine Sensation, denn sie wirft hauptsächlich durch ihren bedenklichen Untergrund.

Auch in parlamentarischen Kreisen zeigt man ein starkes Unbehagen. Man legt sich Neugierigkeit darüber ab, daß die Rede die Offensive der französischen Patrioten gegen die Kredithilfe aufs neue begünstigt und die Stellung Briand erschweren müsse.

Briand selbst hatte am Mittwoch eine ausführliche Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch. Obwohl das amtliche Communiqué wie immer als Thema der Unterhaltung nur die Besprechung schwebender Tagesfragen meldet, dürfte in Wirklichkeit die Rede des Reichsaussenministers Curtius den Gesprächsstoff geliefert haben.

Aus aller Welt

Ein 200 000-Mark-Gewinn gezogen

Mit einem Gewinn von 200 000 M. kam, wie das Tempo meldet, am Mittwoch in der Nachmittagsziehung das Los Nr. 33 980 heraus.

Theaterbrand in Bordeaux

Paris, 11. Febr. Im Alhambra-Theater in Bordeaux ist heute abend ein heftiger Brand ausgebrochen, der durch die Explosion eines Seifenbals entstanden ist. Das Feuer ist sofort auf die Bühne übergesprungen. Sämtliche Vorschübe der Fernweh wurden an die Brandstelle beordert.

Attentat

Wien, 11. Febr. Heute hat der tschechische beachtungslose Kaufmann Jella den Legationssekretär der tschechischen Gesandtschaft Felien-Horitz angegriffen und verletzte ihn lebensgefährlich.

Manasse Friedländer geisteskrank

DNV, Berlin, 11. Febr. Das Schwurgericht beim Landgericht in Berlin hat jetzt den Bruder der Manasse Friedländer im Wiedereröffnungsverfahren ohne Hauptverhandlung freigesprochen. Das Gericht hat auf Grund der ärztlichen Gutachten es als erwiesen erachtet, daß der damals 19-jährige den Todschlag an seinem leibhaftigen Bruder Waldemar und dessen gleichaltrigen Freund Tibor Földes in einem Zustand von Geisteskrankheit begangen hat, so daß ihm der § 51 ausbleibt werden mußte.

Geheimrat Caro unter Anklage schwerer Urkundenfälschung

Berlin, 11. Febr. Der dritte Strafsenat des Kammergerichts Berlin hat durch Beschluß vom 5. Februar Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den Geheimen Regierungsrat Wittem Caro wegen schwerer Urkundenfälschung, verurteilten Betrugs und Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen durch Anordnung der gerichtlichen Voruntersuchung angeordnet.

Schadenerjählage wegen der Trevisanus-Rede

DNV, Berlin, 11. Febr. Das Arbeitsgericht hatte sich heute vor-mittag mit der Klage gegen Reichsminister Trevisanus zu befassen. Der Prozeß war von einem früher in Polen beschäftigten Obermonteur namens Schmidt anhängig gemacht worden, Schmidt, der vor drei Jahren nach Polen ausgewandert war, hatte als Mon-

teur bei einer polnischen Firma Arbeit gefunden und behauptet in seiner Klage, daß er diese Stelle infolge der Rede des Reichsministers Trevisanus über die deutsch-polnische Frage verloren habe. Schmidt verlangte als Schadenersatz 10 000 M. Es kam indes nicht zu einer Verhandlung, da das Arbeitsgericht sich für nicht zuständig erklärte und die Angelegenheit auf Antrag des Klägers an das Landgericht I verwies. Der Vorsitzende machte den Kläger auf die Ausschließlichkeit seines Vorgehens aufmerksam.

Deutsche Rundfunkübertragung einer Ansprache des Papstes

DNV, Berlin, 11. Febr. Die deutschen Rundfunksender werden Donnerstag, nachmittags 4.30 Uhr, die Eröffnung des Senats der Stadt des Papstes übertragen. Die Feier wird durch eine lateinische Ansprache des Papstes eröffnet. Anschließend spricht Radio-Conti in italienischer Sprache.

Die Unterschlagungen bei Frankfurter Kirchensteuer

Der Korruptionsheld deutschnationaler Stadterordneter-Vorsitzender

Frankfurt a. M., 11. Febr. Die Verurteilungen bei der heftigen Kirchensteuerkassette haben hier großes Aufsehen erregt. Das Verbrechen, das der Vorsitzende des Kirchensteuerprüfungsausschusses der Vereinigten Evangelischen Staatskirchen, Kaufmann Nagel, genötigt, nach außerordentlich groß, und man glaubte deshalb ohne weiteres seinen Angaben, wenn sich bei Revisionen Unstimmigkeiten ergaben. Nagel war auch deutschnationaler Stadterordneter und bis zur letzten Reichstagswahl Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion. Um die Verurteilungen vollständig klarzustellen, ist eine außerordentliche Tagung der Vereinigten Evangelischen Stadtsynode für den 17. Februar anberufen worden.

Der Fall hat nicht nur seine allgemeine, sondern auch seine besondere Bedeutung, da er wieder einmal zeigt, wo die „Korruptionshelden“ sitzen.

Freistaat Baden

Kurze Feststellungen über Jagd auf Dumme

Der nationalsozialistische Führer setzt seinen Feldzug zur Volksverdummung fort. Es lohnt sich nicht, auf die Geschichten einzugehen, mit denen er das Volk über den Köffel halbiert. Es genügt, ein paar Punkte herauszuarbeiten, um kurz die Methode zu illustrieren, mit denen die Nationalsozialisten Jagd auf Dumme machen.

In Vollenbüchel wird da die Mär verkündet: „Curtius geht ins Kino“, woraus dann der neugierig gemachte Leser nichts anderes erfährt, als daß sich der deutsche Reichsaussenminister erlaubt hat, in Lausanne den Remarquefilm „Im Westen nichts Neues“ anzuschauen, nachdem bekanntlich in Deutschland dieser Film verboten worden ist und dazu die für Deutschland ursprünglich vorgesehene Fassung bekanntermachen eine andere war, als jene des Auslands. Soll der deutsche Reichsaussenminister nicht das Recht haben, sich einen Film anzuschauen, der in der deutschen und in der internationalen Politik eine so große Rolle spielt?

Im übrigen ist, wie uns von aufständiger Stelle mitgeteilt wird, die ganze Behauptung des Führers über den Kinobesuch des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Lausanne aus den Fingern gezogen, indem festgestellt wurde, daß der Reichsaussenminister Curtius während der Reichstagsung des Völkerbundes Genf überhaupt nicht verlassen hat, so daß er also den vom Führer gemeldeten Kinobesuch in Lausanne gar nicht machen konnte. Wir haben also wieder eine der üblichen nationalsozialistischen Schwindelmethoden vor uns.

In einem anderen Artikel wird ein gewisser Otto Herm. Rahn, Mitinhaber des Neuworfer Bauhauses Rahn, Voß u. Co., als „ein Exponent des deutschfeindlichen Weltjudentums“ hingenommen. Wir kennen die Persönlichkeit dieses Herrn Rahn nicht, haben auch

gar keine Urteile, uns irgendwie mit ihr zu beschäftigen und haben auch keine Meinungen, all das Zeug nachzurufen, das der Führer hierzu aufkommenbrout, um die Bedeutung dieses Mannes, von dessen Einfluß auf die amerikanische Politik bis dato noch kein Mensch etwas gehört hat, heranzuziehen. Was uns jedoch an dem langen Gelächter des Führers interessiert, sind zwei Punkte. Einmal die Tatsache, daß selbst dieser vom Führer mit Rot überlaufene Otto Hermann Rahn aus der Neuworfer Volkstret einer der Hauptspender für den Neubau der Hebelberger Universität war, in deren nationalsozialistischer Studenten als Dank dafür jetzt sich in einem handlosigen Nationalismus austoben. Dagegen aber wäre an den Führer die Frage zu stellen, warum er dem unpolitischen Otto Hermann Rahn so starke Verantwortung um den Krieg aufschreibt, dafür jedoch niemals auch nur mit einem Wort auf den Arienscheher Mussolini eingeht, der als einer der entronnten Feinde Deutschlands im Kriege alle Mittel in Bewegung setzte, um das mit Deutschland verbündete Italien in den Krieg gegen Deutschland hineinzuführen.

Wie uns von Lesern aus dem Lande mitgeteilt wird, verteilen die Nationalsozialisten immer noch das Heftungsblatt gegen die Sozialdemokratie, dessen Schwindelerei bereits mehrfach von uns widerlegt worden sind. Die Abkündigung der Nationalsozialisten im Reichstag zu den verschiedenen Anträgen über Gehalts- und Pensionsfragen, über Diszidenten usw. haben gezeigt, wie es mit der Einstellung der Nazis in der Wirklichkeit steht. Überdies, wenn man sich nur an geistig arbeitende Volksgenossen wendet, die auf jeden Fall hineinkommen, dann kann man auch auf diese Weise, wie es die Nationalsozialisten betreiben, zu keinem Resultat kommen. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten halten wir jedoch das deutsche Volk trotz mancher bitteren Enttäuschung auch heute noch für klug genug, zu unterscheiden, was seinem politischen Instinkt ein geordnetes Aufstiegs im Interesse des merkwürdigen Volkes.

Landtag ändert Geschäftsordnung

Nazis und Kozis tobten

Verbot der Amerikanerrebelle - Zugabeverbot beim Wareneinkauf Änderung der Geschäftsordnung

Eine nötige Maßnahme

Der badische Landtag hat mit der Annahme der beiden Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung eine Maßnahme getroffen, die sicher dazu beitragen wird, das Ansehen des Landesparlamentes im Lande bedeutend zu heben, und im Laufe selbst nur noch praktische Arbeit zu leisten. So wie bisher konnte es wirklich nicht mehr weitergehen. Keine Sitzung ohne irgend eine nationalsozialistische oder kommunistische Agitationsdebatte. Weit über die Hälfte aller Anträge und förmlichen Anfragen, die bis jetzt dem Landtag vorgelegt und zum Teil auch bereits behandelt wurden, stammten von den beiden parteiunabhängigen Parteien. Sie haben das Parlament, sind befreit, mo es nur geht, sein Ansehen zu schädigen, aber es ist ihnen gut genug, um für ungehörige Parteipropaganda zu benutzen, zu mißbrauchen. Ein Prozent der Anträge betreffen Fragen, die zur Zuständigkeit des Reiches, des Reichstages gehören. Zu jedem Antrag und zu jeder Anfrage wird von Nazis und Kozis eine allgemein-reichspolitische Rede gehalten. Um die aktuellen, brennenden und wichtigen Fragen der Landespolitik kümmern sich diese Leute keinen Deut. Jede Landtagsitzung wurde zu einer politischen Volks- und Parteiverammlung ausgenutzt. Es konnte so nicht mehr weitergehen, wenn das Ansehen der badischen Volksvertretung nicht vor die Hunde gehen, wenn nicht das badische Volk überhaupt jedes Interesse am Bad. Landtag verlieren sollte.

Der eine Antrag macht der ufer- und hemmungslosen Anschlagelle rei ein Ende. Anträge und Anfragen zur Landespolitik können gestellt werden, so viele die Abgeordneten wollen. Es sind ja auch badische Volksvertreter. Aber zur Landespolitik können solche Eingänge nur registriert werden, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung zu irgendwelchen Reichsangelegenheiten oder Reichsfragen betreffen. Der Antrag ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es sind im Land selbst genug Dinge zu erledigen, Fragen zu beantworten, Sorgen in Wirtschaft und Politik vorhanden, daß man Fragen der Reichspolitik ruhig den dazu berufenen Instanzen in Berlin überlassen kann. Allerdings, die Fragen des Landes können nur sachlich behandelt werden, auch wenn man da etwas wissen und können. Schwächen, Mängel und Mängel allein tun da nicht. Und mit dem Sachverstand bleiben heftig bei den Nazis ebenso sehr wie mit dem Wissen und Können. Der Antrag nimmt also den Köhler, Badisch-Wagner und Genossen ein Stück ihres Agitations- und Parteigeschäftes weg. Daher ihre Wut und ihr Widerstand gegen den Antrag.

Der zweite Antrag geht um die parlamentarische Sauberkeit. Der Präsident kann von sich aus Anträge, die beleidigenden Inhalt haben, oder sonst nach Form und Inhalt zur Behandlung im Landtag ungeeignet sind, zurückweisen. Auch dieser Antrag nützt nur dem Ansehen des Parlamentes. Die nationalsozialistischen Mitglieder, schon in ihren Anträgen und Anfragen, Regierung und politische Gegner anzureden und zu beleidigen. Auch dieser Methode ist nun ein Riegel vorgezogen. Der Antrag versucht, die Herren an Landtag zu gewöhnen, sie ein bißchen politisch zu erziehen. Der Antrag dürfte auch für außerhalb des Parlamentes stehende Antragsteller gelten, z. B. für die Hausbesitzer in Mannheim, die in einer in der letzten Sitzung verabschiedeten Entscheidung eine äußerst rüpelhafte Sprache führten. Solche Auslassungen mißgewordener Spießbürger gehören in den Papierkorb.

Die Annahme der Anträge erfolgte mit reichlich Dreierpartei-Mehrheit. Der Landtag ist also gewillt, sich nicht länger von demagogischen Agitatoren terrorisieren zu lassen; er ist gewillt, sachliche, dem Land und Volk nützliche Arbeit zu leisten. Er selbst wird nun den besten Nutzen davon haben.

21. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 11. Februar.

Zum Anruf kommen zunächst Unwichtigkeiten. Ein Antrag der Kommunisten beschäftigt sich mit dem

Verbot der Amerikanerrebelle

Es verlangt, die Anordnungen zur Ausrottung der Subridenrebelle durchzuführen und bei der Reichsregierung für eine Aufhebung des Verbots der Reimportation von Subriden einzustehen. Der Antragsteller, Berichterstatter Abg. Seemann, bringt eine Kammeranfrage. Er verlangt, die angeführten Subridenrebellen sollten erhalten bleiben, bis genügend Ersatzstoffe vorhanden seien; außerdem möge die Regierung ausreichend Mittel zur Beschaffung der Ersatzstoffe zur Verfügung stellen und bei der Reichsregierung die nötige Unterstützung anfordern. — Abg. Bod (Komm.) begründet den Antrag mit folgenden Worten:

Minister Wittenmann verweist darauf, daß die Landesregierungen nicht selbst, sondern die Reichsregierungen unterzuordnen. Die Regierung hat sich dem Standpunkt, daß man dem kleinen Mann ein Recht geben sollte, sich seinen Hausstrunk zu bereiten. Die Reichsregierung hat aber energische Maßnahmen von uns verlangt. Die Landesregierung drohte sogar mit der Sperrung der Mittel für die Herstellung des Rebbaues. Mit scharfen Worten kritisiert der Minister das Verhalten der Kommunisten. Die Regierung wird nicht einreden, daß man in Berlin mehr Verständnis für die badische Lage hat. — Abg. Seemann (Witzsch, u. B.P.) begründet den Antrag, der den Anbau der Amerikanerrebelle gestattet wissen will, wenn sie nur zur Bereitung des Hausstrunks dient. — Vizepräsident Weiser regt eine Kontingentierung der Rebeseit an. Es wird eine Rebeseit von 10 Minuten beschlossen.

Abg. Kurz (Soz.)

Die Erklärung des Ministers draußen im Lande zu veröffentlichen würde mehr erreicht werden, wie durch alle Reden im Saale.

Abg. Weismann (Soz.)

Er weist darauf, wie wenig Einfluss das Land Baden in dieser Angelegenheit habe. Baden ist ein Weinland. Von den 12000 Hektar Rebfläche sind nur 1900 Hektar mit Subriden angebaut. Es herrscht ein starker Wettbewerb zwischen dem Edelweinebau und dem Subridenbau. Es ist nicht anzunehmen, daß wenigstens eine Entscheidung an die Reichsregierung gewährt wird in Höhe von 3000 M für den Subridenbau. Die Leute wollen sich ihren Hausstrunk nicht nehmen lassen. Auch wir legen auf diesen Hausstrunk großes Gewicht, wie auch auf die Frage der Entscheidung. In Baden umfakt die Rebeseit einen schweren Stand. Auch wir geben zu, daß die Entscheidung der Reichsregierung nicht viel beugt, aber andererseits ist die Stellungnahme auf den Boden des Ausschusses zu stellen. — Abg. Kühn (Zit.) weist auf den Wettbewerb zwischen den Kommunisten hin, als er feststellt, daß

die der Ausschussführung ferngeblieben seien, als ihr Antrag zur Beratung stand. Abg. Weiser erhält zwei Ordnungsstrafe. Es müßte viel mehr Aufmerksamkeit gegeben werden. Die Leute sind mißtrauisch, sie wollen nicht recht an die Rebbaue glauben.

Abg. Köhler (Soz.)

verweist darauf, daß es nicht nur Bauern sind, die Amerikanerrebellen anpflanzen, sondern auch sehr viele Arbeiter. Man darf aus dieser Frage keine politische Frage machen, wie es die Kommunisten tun. Mit der Erklärung des Ministers können die Bauern aufrieden sein. Weiter sei zu wünschen, daß die Genehmigung der Straußensitzung bis 15. April verlängert werden möge. — Abg. Weiser (Soz.) hält ein ähnliches Verbot der Amerikanerrebelle für nicht anständig. — Ein Antrag verlangt, den Antrag gegen die Anträge des Ausschusses und die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären. — Abg. Dr. Peers (Dem.) hält es für schwer, einen Mittelweg zu finden. Es sollte die Frage geprüft werden, ob auf dem Wege der Reichsregierung eine Änderung möglich ist. — Abg. Köhler (Soz.) tritt für den Antrag ein. — Abg. Bauer (D.P.) hätte es auch für richtig gehalten, wenn man es bei der Regierungserklärung belassen hätte. — Abg. Dr. Schwittknecht (D.P.) stimmt dem Antrag gegen die Reichsregierung zu. — Abg. Bod und Schmidt-Breiten wird der Ausschussantrag angenommen.

Es folgt ein Antrag betr. Zugabeverbot beim Wareneinkauf. Der Antrag verlangt, daß in einem zu erlassenden Reichsgesetz ein Zugabeverbot beim Wareneinkauf schleunigst erlassen wird. Berichterstatter ist Abg. Marschall. Der Ausschuss regt an, die Regierung möge bei der gesetzlichen Regelung des Zugabewesens eine Lösung anstreben, die zur Stillung des Einzelhandels eine wirksame Befähigung geeigneter Wirtschaft ermöglicht, andererseits aber erhebliche Schädigungen heimischer Industriezweige vermeide. — Der Antrag wird vom Abg. Graf (Zentr.) begründet, der sich sehr gegen die im Wareneinkauf üblichen Zugaben ausspricht. — Abg. Spielmann (Witzsch, u. B.P.) begründet einen Zusatzantrag und wendet sich ebenfalls gegen das Zugabewesen. Abg. Köhler (Soz.) hält ein Verbot der Zugaben für berechtigt. — Der Antrag des Ausschusses wird angenommen mit dem Zusatzantrag, wonach eine „alsbaldige“ Lösung angestrebt werden soll.

Änderung der Geschäftsordnung

Die Anträge, die nun zum Anruf kommen, sind eine Notwendigkeit. Ein Antrag verlangt, der Landtag wolle in seine Geschäftsordnung folgende Bestimmung aufnehmen:

Anträge und Anfragen, die Gebiete behandeln, die nicht zur Zuständigkeit der badischen Landesregierung oder Verwaltung gehören, sollen nur dann beraten werden, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung einschließen. Die Beratung solcher Eingänge oder zu einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder in einem zur Beratung vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder Reichsverordnung einseitigen Ausschuss betreffen.

Ein weiterer Antrag lautet: Die Geschäftsordnung erhält in § 31 folgende neue Ziffer 4:

„Ebenso ist der Präsident des Landtags berechtigt, Anträge an den Landtag oder Anfragen an die Regierung, die einen offensichtlich beleidigenden Charakter tragen, oder nach Inhalt oder Form zur Behandlung nicht geeignet sind, von sich aus zurückzuweisen. Gegen die Entscheidung des Präsidenten ist die Berufung an den Vertrauensmännerrat auszuüben innerhalb zweier Wochen seit Bekanntgabe der Entscheidung an die Antragsteller oder Antragsteller. Es ist dem Antragsteller gestattet, die Berufung als auch festzusetzen anderer Abgeordneter einzusetzen. Die Berufung muß in jedem Falle von mindestens drei Abgeordneten unterzeichnet sein. Die Entscheidung des Vertrauensmännerrates ist endgültig.“

Den ersten Antrag begründet Abg. Dr. Mattes. Der Redner weist darauf, daß die Verhältnisse, wie sie sich jetzt entwickeln, nicht mehr tragbar sind, wenn nicht das Ansehen des Landtags aufrechterhalten wird. Der Redner stellt aus der Zahl der dem Hause vorgelegten Druckschriften fest, wie viele Eingänge von der Regierung kommen, wie viele, die weitestens größte Zahl, aus dem Hause selbst vorliegen und wie viele sich mit Dingen befassen, die zur Zuständigkeit des Reichstages und der Reichsregierung gehören. Es muß eine Rationalisierung unserer Arbeit eintreten. Wir haben in Deutschland Antragsproduktionszentralen! Auch das, was bis jetzt noch nicht erledigt, soll unter die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung fallen. — Abg. Seubert (Zit.) begründet den zweiten Antrag. Wir haben uns bis jetzt meist nur mit Anträgen befaßt, die lediglich dem Agitationsbedürfnis dienen. Eine Rationalisierung ist dringend nötig. Der Antrag soll Ordnung in die parlamentarische Arbeit bringen.

Kommunisten und Nationalsozialisten verüben heftigen Widerstand. Die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt wird. Es gibt verschiedene Ordnungsstrafe. Die Opposition weiß, daß ihrem agitatorischen Treiben nun ein Riegel vorgezogen werden soll. Und deshalb ihre Wut, ein letztes Ausstoßen gegen die Sachlichkeit und den ernstlichen Willen zu gegebener Arbeit. — Abg. Bod (Komm.) meint den dazugehörigen Agitationsstellen bitterste Kritik zu strafen. — Abg. Koenig (Soz.) stimmt für die Anträge. — Frau Abg. Köhler (D.P.) lehnt einen Teil der Anträge ab. Abg. Köhler (Witzsch, u. B.P.) bezeichnet unter stürmischer Beileitung der Nationalsozialisten als das Gesundheitsgefahr, durch das der Basillus, der am heutigen Tage frist, vernichtet werden soll. Die Rede war eine Großleistung im Schimpfen. Als der Präsident dem Redner bemerkte, daß er etwas zu weit vom Thema abgehe, wird gerufen: „Ins Dritte Reich!“ — Abg. v. Au (Witzsch, u. Bauern) hat Bedenken gegen den ersten Antrag. Man würde Wärtner schaffen. Dem zweiten Antrag stimmt Köhler zu. — Abg. Dr. Mattes (D. Volksp.) wundert sich, daß gerade die Vertreter der Wirtschaft gegen den ersten Antrag sind, wo es doch gerade diese Herren am schwersten empfinden müßten, hierher zu Sitzungen fahren zu müssen, in denen keine praktische Arbeit geleistet wird. Die Oppositionsparteien stellen sich heute ein großes Amutzeugnis aus. Es bleibt ihnen doch das große Gebiet der badischen Politik und Verwaltung, wo sie sich praktisch betätigen können. — Die Anträge werden mit Dreierpartei-Mehrheit angenommen.

Nach 1.15 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag, 12. Febr., 9 Uhr, festgesetzt.

Nazispiel mit Landtagsauflösung abgelehnt

Einen Antrag auf Herauslösung der Stimmenzahl für ein Mandat bei den badischen Landtagswahlen, stellte, wie uns unterm 11. Februar aus dem Rechtsplegeausschuß geschrieben wird, die nationalsozialistische Fraktion des badischen Landtags. Sie verlangte, daß die erforderliche Stimmenzahl zu einem badischen Landtagsmandat von 10000 auf 20000 erhöht wird. Damit die Nationalsozialisten davon sofort den entsprechenden parlamentarischen Nutzen einheimen, soll in dem diesbezüglichen Gesetzentwurf fogleich auch die Auflösung des badischen Landtags vorgelesen sein.

Als ob das alles so einfach wäre! Mit Recht wurde im Ausschuss dem nationalsozialistischen Vertreter gesagt, daß man

derartige schlecht substantiierte Anträge ohne entsprechende Unterlagen und ohne Berufung auf die dafür vorgesehenen Paragraphen der Verfassung überhaupt nicht stellen soll. Die Nationalsozialisten üben aber befanntlich Massenfabrikation bei der Einreichung von Anträgen und so kommt es gar nicht darauf an, ob diese Anträge auch sachlich irgendwie fundiert sind.

Gewiß wird in allen Parteien die Frage erörtert, ob man die Parlamente nicht verkleinern kann. Das ist in Baden jedoch schon geschehen, bevor die Nationalsozialisten in die Parlamente kamen, aber der zahlenmäßige Erfolg bei der Reichstagswahl 1930 hat auch die Landtags-Nationalsozialisten übermäßig gemacht.

Deswegen erklärte der Rechtsplegeausschuß, daß im Augenblick kein Anlaß zur Auflösung des Landtags vorliegt, daß der Apparat eines Volksbegehrens und einer Volksabstimmung zu kompliziert wäre und verwarf deshalb mit großer Mehrheit (13 zu 4 Enthaltungen) dem nationalsozialistischen Antrag die Zustimmung. Berichterstatter war Abg. Hoffmann und den Antrag auf Verlegung der Zustimmung haben die sozialdemokratischen Vertreter des Rechtsplegeausschusses gestellt, der dann auch angenommen wurde.

Scharfe Kritik am Verwaltungsgerichtshof

Rechtsplegeausschuß und die neuen Bestimmungen über das Uniformverbot

Aus dem Rechtsplegeausschuß des Landtags wird uns berichtet: Der Berichterstatter Abg. Hoffmann (Zentr.) sprach am Mittwoch nachmittags mit Recht von der historischen Stunde des badischen Polizeistrafrechts, als er den ausführlichen Bericht über die Novelle zum Polizei-Strafgesetzbuch gab, die sich mit der Ersetzung des allgemeinen Uniformverbots in Baden durch ein Sonderverbot befaßt. Da wir das Gesetz bereits mitgeteilt haben, können wir uns mit der Wiebergabe der Verhandlungen des Ausschusses begnügen.

Es sprachen nur zwei Juristen: Der Berichterstatter und der Minister des Innern, der Staatspräsident Wittenmann. Ihre Ausführungen nahmen aber — und daran mag man die Wichtigkeit der jetzigen Änderung des Polizeistrafgesetzbuches erkennen — über zwei Stunden in Anspruch. Der Ausschuss gelangte infolgedessen am Mittwoch abend noch nicht zu einer Entscheidung; sie soll voraussichtlich am Freitag gefaßt werden.

Beide Juristen kritisierten eingehend das bekannte Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, welches die ministerielle Verfügung über das Uniformverbot für die Nationalsozialisten für ungültig erklärte. Der Berichterstatter Hoffmann hielt die Ermessens-Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes für falsch und wies dies im einzelnen nach.

Besonders scharf, wenn auch sachlich, nahm der Staatspräsident als langjähriger erfahrener Richter zu dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Stellung. Er kritisierte auch den von der sozialdemokratischen Presse schon gerügten Umstand, daß die Nationalsozialisten früher im Besitz des Urteils waren, als das zuständige Ministerium. Wittenmann erklärte, er halte, wie er dies bereits in öffentlicher Landtagsitzung getan, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes für ein Fehlurteil. Der § 30 des Polizeistrafgesetzbuches hätte die Verfügung des Ministeriums sehr wohl tragen können. Das Urteil bietet für einen Juristen viele Anaristisches. Den heutigen schwierigen Zeitverhältnissen sei das Urteil in keinem Falle gerecht geworden. Die Polizei müsse dem täglichen Leben gewöhnen sein. Deswegen werde in Baden eine Rechtsnorm geschaffen. Gemisse Staatsbürger wollten sich überhaupt an keine Ordnung halten.

Staatspräsident Wittenmann wandte sich dann noch energisch gegen Ausführungen des nationalsozialistischen Rechtsanwalts und Reichstagsabgeordneten Rupp in der städtischen Festhalle in Karlsruhe, wofür man den Minister Rechtsbrecher u. m. genannt habe.

In jedem Falle fand im Rechtsplegeausschuß das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes von sehr berufenen Seite die verdiente Kritik, wie sie scharfer auch von unserer Seite nicht ausgesprochen wurde.

Badens Reichsbauaufgaben im Reichshaushaltsausschuß

Festes Auftreten

Der badische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Finanzrat Sickingen, wies im Haushaltsausschuß des Reichstags die Behauptung verstoßener Ausschussmitglieder, daß der Versuch der Uebertragung der Reichsbauaufgaben an die badischen Bezirksbauämter in Mitleidung sei, auf das entschiedenste zurück. Die nähere Unternehmung habe in der Regel eine Entlastung für die badischen Bezirksbauämter ergeben. Der badische Finanzminister begründete die Erklärung des Reichsfinanzministers, er wolle persönlich mit ihm über diese Fragen verhandeln. Auf jeden Fall aber werde die badische Regierung für eine Uebertragung der Reichsbauaufgaben auf die badischen Bezirksbauämter auch weiterhin eintreten, weil nach Feststellungen des badischen Finanzministers für Baden in fünfjährigen Jahren mit Mehreinnahmen von jährlich rund 20000 M und für das Reich mit Einsparungen von jährlich rund 40 bis 50000 M gerechnet werden könne.

Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Polizei in Mannheim

Anläßlich des Eintreffens des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Vens verammelten sich in der Nacht auf Mittwoch gegen 12.30 Uhr im Hauptbahnhof Mannheim etwa 120 Angehörige der Nationalsozialistischen Partei. Als diese nach Verlassen des Bahnhofes lärmend über den Bahnhofplatz zogen, mußte die Polizei einschreiten, wobei ein Teil der Nationalsozialisten gegen die tätlich vorging. Die Polizei mußte dabei von ihren Gummiknüppeln und ihren Seitengewehren Gebrauch machen. Sechs Verletzte wurden festgenommen. Einer der Haupttäter, ein 36 Jahre alter Kaufmann (Stadiverordneter) mußte mit einer Kopfwunde in das Krankenhaus eingeliefert werden. Anammlungen der Nationalsozialisten am Bahnhofplatz und in den verschiedenen Straßen wurden zerstreut.

Verwerfung der Revision Weiß

Wie aus Reims gemeldet wird, wurde die Revision des Redakteurs Weiß von der badischen Zeitung, der bekanntlich wegen ihrer Klatscherei gegenüber dem Minister Kemmel vom Landgericht Karlsruhe zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, vom Reichsgericht verworfen, so daß es bei der vom Karlsruher Gericht festgesetzten Strafe verbleibt.

Arbeitszeit und Juristerei

So lautet die Überschrift eines Artikels vom 15. Januar 1931 im Organ der Südwestdeutschen Malermeistervereinigungen, der Malermeister. Die Artikel liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Laufe des Sommers 1930 mußten mehrere Malermeister wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit durch die Gewerbeaufsichtsbehörde zur Anzeige gebracht werden. Gegen den ihnen zugesetzten Strafbefehl hatten die Herren gerichtlichen Entschädigung beantragt. Der Staatsanwalt sowie der Einzelrichter hatten die Not der Zeit erkannt und befähigten mit Recht die Strafbefehle, die demselben sehr gefinde waren. Einzelne dieser Herren Malermeister fühlten sich aber gekränkt, daß ihnen der Richter das Privileg zur Ausbeutung der Lehrlinge nicht gegeben hatte; sie legten Verurteilung bei der Strafkammer ein. Man beginnt die „Juristerei“. Die Malermeistervereinigungen tat ihr Bestes, wie sie selbst in dem Artikel mit Nachdruck betont, sie hat aus allen Ecken und Winkeln Material zusammengetragen und einen ihrer besten Rechtsanwältinnen mit der Vertretung beauftragt, um aus der Arbeitszeitordnung eine „juristische Tüftelei“ zu machen. In der Arbeitszeitverordnung steht nämlich, daß jugendliche Arbeiter unter 16 Jahre 30 Tage im Jahr täglich zwei Stunden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt werden können. Dies hat der schlaue Rechtsanwalt herausgefunden, und wirklich hat er ein Gericht gefunden, das sich aus folgenden Herren zusammensetzte: Landgerichtsdirektor Höhringer als Vorsitzender, Julius Schmalz, Major a. D. aus Oberbeuern, und Andr. Gerlinger, Fabrikarbeiter aus Weidenbach, als Schöffen. Das Gericht hatte die Not der Zeit erkannt oder vielmehr die Not der Malermeister, und sprach die Herren Malermeister W. G., K. A. A. und S. A. B. am 28. November von der Anklage wegen Arbeitszeitüberschreitung frei, obwohl der Malermeister W. G. bei der Verhandlung selbst zugab, daß seine Lehrlinge abends 1 1/2 bis 2 Stunden über die allgemeine Arbeitszeit hinaus im Geschäft bleiben mußten, um ansehnlich Materialien zurechtzumachen. Man rühmt sich die Malermeistervereinigungen, welche Sedentat sie hier vollbracht habe, daß sie von der „Juristerei“ ein Geld dazu unverständliches Urteil machen ließ.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit der Arbeitszeit im Malerberuf aus. Die Spaten weisen es von den Dächern, daß in keinem Beruf solch eine Verhöhnung der Arbeitszeitüberschreitung getrieben werden, wie im Malergewerbe. Dies wird selbst in dem erwähnten Artikel von der Malermeistervereinigungen zugegeben. Aber aus Agitationsgründen kann man auch anders. Es ist geradezu ein Verbrechen am Gewerbe und an der Menschheit, wenn dieses Urteil auch noch in dieser Weise, wie es in dem Artikel geschieht, behauptet wird. Die Schwere des Urteils ist erst zu verstehen, wenn man sich einmal in dem Malergewerbe umsieht und feststellt, wo eigentlich diese jungen Menschen zu Hause sind, denen man zumutet, täglich zwei Stunden länger zu arbeiten. Zu 80 Prozent kommen sie aus entlegenen Gemeinden, müssen, um morgens um 7 Uhr an der Arbeitsstelle zu sein, um 4 Uhr aufstehen, ein bis zwei Stunden mit der Bahn fahren, dann von morgens 7 Uhr und, nach dem Urteil, bis abends 7 Uhr arbeiten, dann dieselbe Bahnfahrt zurück und sind dann glücklich wieder um 10 Uhr abends zu Hause; also nicht 10, sondern bis zu 16 Stunden und noch mehr dauert die Arbeitszeit. Hätte man dieses Material dem Gericht vorgelegt, es hätte wohl ein anderes Urteil gefällt. Als man Gründe brauchte, um die vierstündige Arbeitszeit zu begründen, hat man auch den Schulunterricht herangezogen, der also „Wahnsinn für alles“ ist, wenn man nur ein Gehalt daraus machen kann.

Es ist schon einmal an dieser Stelle das Verhöhnungswesen im Malergewerbe in Baden als das schlimmste gekennzeichnet worden. Was sind nun die Folgen der Verhöhnungswesen? Die Früchte zeigen sich geradezu in Bl. sehr deutlich. Bis zu 95 Prozent sind die Malerhilfen arbeitslos. Eine Kundfrage bei den Eltern der Lehrlinge hat ergeben, daß ein Drittel der Lehrlinge schon jetzt Wochen ohne Entschädigung nach Hause geschickt worden ist. Im Sommer recht lange Arbeitszeit (es wird ja „juristisch“ genehmigt), um die Jungen richtig ausbeuten zu können, um es dann den armen Malermeistern im Winter recht bequem machen zu können. Wenn sich nun Richter finden, die diesem „Uebel“ zu Leibe gehen wollen, so nennt man das „Juristerei“.

Um nun diese Verhöhnungswesen und deren Ausbeutung wirksam bekämpfen zu können, fordern wir alle Berufsangehörige sowie

auch Nichtberufsangehörige auf, die Malerhilfen in diesem Kampf gegen den „Eigennutz“ zu unterstützen.

Wir rufen den Eltern zu: **Haltet Euerer Kinder vom Malerberuf fern**, sie sind schon im voraus zur Existenzlosigkeit verurteilt, sie werden erst vier Jahre ausgebeutet, und dann sind sie der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Das Malergewerbe ist bis in das Jahr 1945 mit 60 Prozent Arbeitskräften überlastet. Sollten jedoch einige Eltern doch zu der Wahl kommen, ihr Kind das Malerhandwerk erlernen zu lassen, so bitten wir dringend, sich erst auf dem Büro des Malerverbandes Karlsruhe, Schützenstraße 16, beraten zu lassen, wo kostenlos Auskunft erteilt wird. Besonders keine Lehrverträge unterschreiben, bevor sie sich Auskunft darüber eingeholt haben.

Andere jungen Malerkollegen rufen wir zu: **Sinein in Euerer Malerjungend!** Da ist Ihr Gehalt, Ihr wollen Euch nicht gegen Euerer Lehrmeister verheben, aber wir wollen Euch vor Ausbeutung schützen. **Deutscher Malerverband, Bezirksstelle Karlsruhe.**

Kleine bad. Chronik

Die Gültigkeit der Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen
Die Gültigkeit der Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen wird zunehmend als eine angenehme und wertvolle Erleichterung des Reiseverkehrs empfunden. Mißverständnisse erzeuhen sich allerdings teilweise hinsichtlich des Umfangs dieser verkehrsweise eingeführten Vergünstigung insofern, als mit einer unbedingten Ausgabe aller bei den Bahnhöfen aufliegenden Sonntagskarten gerechnet wird. Bekanntlich ist die Ausgabe von Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen in Baden auf folgende Städte beschränkt worden: Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Würzburg, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz, ferner auf die in der Schweiz gelegenen Bahnhöfe Biel und Schaffhausen (in der Richtung nach Deutschland). Mittwochnachmittags sind ferner nicht alle bei den genannten Bahnhöfen aufliegenden Sonntagskarten erhältlich, für die Ausgabe ist vielmehr nur eine Auswahl von Karten nach einzelnen näher gelegenen Erholungsorten zugelassen worden, worüber Auskünfte auf den Bahnhöfen erteilt und Auskünfte an den Fahrkartenstellen erhältlich sind.

Spinale Kinderlähmung
In der hiesigen Gemeinde sind zwei Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen worden.

Beim Baumfällen tödlich verunglückt
Oberamtshaus (bei Birsfelden). Der 48 Jahre alte Bahnarbeiter Karl Huber aus Birsfelden bei Unfall bei seinem Schwager hier beim Baumfällen. Gleich in der ersten halben Stunde wurde Huber, Vater von fünf unminorenen Kindern, von einem Baum getroffen und auf der Stelle getötet.

a. Grünwettersbach, Unglücksfall. Am Montag stürzte der verheiratete 45jährige Steinbrecher Karl Gaen in einem Steinbruch bei der Spinnerei und Weberei Ettlingen eine etwa 20 Meter hohe Felswand herab und mußte in bedenklichem Zustande in seine Wohnstadt gebracht werden. Lebensgefahr besteht derzeit nicht. Das Vorkommnis ist für die Familie umso schmerzlicher, als der Verunglückte sowie der älteste Sohn schon jahrelang arbeitslos sind. Nun hat der Vater acht Tage gearbeitet und muß nun auf die Art seine Arbeit und Brot verlieren. Der Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu. **Arbeiterlos!**

i. Grünwettersbach. Bei der am Samstag zum drittenmal stattgefundenen Brennholzversteigerung wurde, da gegen früheren Jahren einige Sondernier weniger gebauen wurden, bei Buchen-, Schmitt-, Koll- und Prügelholz durchschnittlich pro Ster 2-4 M über den Anschlag erzielt. Etwa ging um Anschlag ab, während

Forst oft unter den Anschlag kam. — Bei der am Montag stattgefundenen Bau- und Hofenkaufen- und Rehfählerversteigerung wurde in allen Vollen infolge großer Nachfrage das Doppelte jeweiligen Anschlags geboten.

i. Grünwettersbach. Sonntag abend fiel infolge Glätte ein Ehepaar des Fabrikarbeiters Gustav Zehnel von hier in Boden ab und sich einen Knöchelbruch zu. — Ein weiterer Unfall stieß Steinbrecher Karl Gaen von hier im Steinbruch zu, er wurde an Knöchel schwer verletzt, so daß die Aufnahme ins Städtische Krankenhaus dringlich notwendig wurde.

Zeutern. Beim Betteln stieß einem fremden Handwerker durch einen Unfall zu, daß er die Treppe eines Hauses hinunter fiel und dabei sich einen Rippenbruch auso, der seine Uebertragung in das Städtische Krankenhaus notwendig machte.

*** Sternfeld, Bezirk Bretten.** Der hiesige Bürgermeister hat aus Gram darüber, daß in der von ihm beaufsichtigten Darlehenskasse Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, erschossen. Er hat dem Verwalter der Kasse, in der ein Fehlbetrag von mehreren tausend Mark festgestellt wurde, zu großes Vertrauen entgegengebracht.

*** Dürmersheim (Kajatz).** Die 66 Jahre alte Anna Stöckel hat sich, vermutlich in einem Anfall von Schizophrenie, erhängt.

Vom einheitlichen Vaterland

Man schreibt uns vom See: **Kamen da vier Reisende einer Firma nach Konstanz und wollten von hier aus auch die verschiedenen Grenzgebiete besichtigen. Seitens der Schweiz war ihre Prospektivität nichts einzuwenden, nur die Schweizerischen Ausweispassiere mußten sie sich besorgen, deren Erwerb ein deutscher Reisepass sein sollte. Der fehlte! Also schrieben sie ihre Heimatbehörden um Zustellung eines entsprechenden Ausweises, auf Grund dessen sie sich von einem deutschen Bahnhofsbeamten die Bahn besorgen wollten. Die Heimatbehörden (Stuttgart) reifen sie eine deutsche Stadt in Württemberg, Bayern (die Rheinbreiten) und ferner die ehemals deutsche Stadt Metz. Die Reisenden an und lösteten als Nachnahme: von der Stadt in Württemberg 8 M., von der Stadt in Bayern 7,20 M., von Metz 1 M. und von der preussischen Stadt in Westfalen 15 Pf. für die Zuteilung von vortouristische Dienstliche.**

Der kaufmännische Wert des Ausweises, gemessen an der Zeitsaufwendung, mag etwa 1,50 M sein zusätzlich Porto. Die hiesige Stadt hat demnach den Preis hierfür ganz abgebaut. Hat den Dienst am Kunden bzw. dem Bürger vorbildlich durchgeführt. Württemberg und Bayern aber haben kräftig aufgeschlagen. Das Metz als jetzt französische Stadt für den deutschen Bürger ihrem Selbstkostenpreis arbeitet, ist ausserordentlich.

Die Nachnahme des Bayern kam gleichzeitig mit der pflichtigen Dienstliche des Bayern an. Da fehlte der Bayer nicht! Rund in den Dienst seines Herrens und Vater. „Satta, Satta, möcht mir io arab a lo e Saurer je!“

Autorität im Schmalzineubau gestorben

Aus Freudenstadt wird gemeldet: **Infolge eines Unfalls Karl Mühlstein, geb. 1867 in Albstadt, aus einem arbeitsreichen Leben geschieden. Er ist auf der Erholungsreise nach Schwarzwald aus dem fahrenden Schlafwagen getrieben tödlich verunglückt. Mühlstein hatte vier Jahre Reichsanwalt in Stuttgart und Berlin hinter sich, ehe er einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Schmalzineubauer und -Konstruktoren wurde. Im Frühjahr 1890 trat er bei Ottmar Herzog in Baltimore ein, wo er sich eine vollständige und sehr gründliche Kenntnis der Linotype-Gestaltung verschaffte und sich als Patente auf Verbesserungen erwarb, 1894 wurde er Geschäftsführer des ganzen Betriebes. Die Verheiratung mit einer Stuttgarterin ließ in ihm den Wunsch reifen, nach Deutschland zurückzukehren, wurde 1898 als technischer Leiter des Linotype-Betriebes in Freudenstadt verpflichtet. Auch auf diesem verantwortungsvollen Posten machte sich der unermüdete, immer mit neuen Verbesserungsarbeiten beschäftigte Schwabe hervortragend.**

RESTE in Herren- u. Damenstoffen, Weißwaren, Baumwollwaren, Gardinen, Seidenstoffen **sehr billig!**

Leipheimer & Mende

Schönes, eichenes Herrenzimmer, Bücherregal, Schreibtisch, Schreibstühle, 360.- Möbelhaus Marx Kahn, Waistraße 22 (neben Colosseum)

Gefunden Goldener Ehring, Abgehoben durch Eigentümer, 1. Volksfreund

Wasser- u. Zapfenarbeit, all. Art, besonders billig und sachgemäß ausgeführt. Angeb. auf 3.172a. d. Volksfreund

Todes-Anzeige.
Mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Franz Brühlle
Wesger
ist heute nacht, nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch die hl. Sakramente, im Alter von 66 Jahren verschieden
Karlsruhe, den 11. Februar 1931.
Zurlacher Allee 45.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Elisabeth Brühlle Witwe und Kinder.
Beerdigung Freitag nachm. 2 Uhr.

Dankagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schmerzlichen Verlust unseres lieben Mannes und Vaters
Paul Kräger
sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir den Schwestern des hiesigen Krankenhauses für die liebevolle Pflege, dem Arbeiter-Abfahrtsklub „Solidarität“ für die Kranzsende und die lieben Worte am Grab, sowie allen jenen, die durch Kranzsenden und das Geleit zur letzten Ruhestätte unsern lieben Verstorbenen besonders ehrten.
Karlsruhe, den 12. Februar 1931.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Versteigerung wurde am 30. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke lauten: **Erste, die am 30. Dez. 1930 nach nicht im Grundbuche eingetragen waren, sind im wesentlichen in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzuzeigen und bei Widerpruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Verteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einwilligend einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.**

Grundstücksbeschriftung:
a) **Platz Nr. 11:** 4 ar 03 am Hofstraßen im Ortsleiter. Auf der Hofstraße steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkenbalken, besonders hebrer Scheuer mit Stallung und Schweineflur. Versteigert, reißt freistehendem Hof und Brunnen im Hof. Schätzungswert 4.000.- RM.
b) **Platz Nr. 82:** 6 ar 62 am Haus- und Grasgarten. Gewann Grasgarten. Schätzungswert 200.- RM.
c) **Platz Nr. 319:** 5 ar 83 am Acker. Gewann Neubrunn. Schätzungswert 350.- RM.
d) **Platz Nr. 319:** 5 ar 22 am Acker. Gewann Neubrunn. Schätzungswert 350.- RM.
Zusammen 4.900.- RM.
Karlsruhe, den 4. Februar 1931.
Notariat V - Volksrechtungsgericht

Ein neuer Beruf!
Die mod. Kunststrickerei
„Femina-Strickmaschine“
unverwundbar, Pullover, Strickkleider, Sportartikel, bringt hohen Verdienst. Leicht erlernbar. Günt. Ver. erprobt gratis. In Frankfurt a. M. und Strumpf- und Strickfabrik Neher & Föhren, Saarbrücken 8
Arbeiter! Werbt für euerer Zeitung!

Grundstücks-Zwangversteigerung
5 V. T. 40/30.
Im Zwangswege versteigert das Notariat am
Dienstag, den 7. April 1931, nachmittags 3 Uhr,
im Rathaus zu Weiskeneut die unten beschriebenen Grundstücke der Luise geb. Walgraf, Ehefrau des Gottlieb Kronenmeier, Schreinermeister in Weiskeneut, auf Gemartung Weiskeneut.

Donnerstag **3** Freitag - Samstag
Strumpf-Tage
mit außergewöhnlichen Angeboten!

Damen-Strümpfe - .85
schl. Halb, Seidenflor oder künstliche Seide, oder

Herren-Socken - 1.35
Baumwolle, reine Wolle gestrickt oder mit künstlicher Seide gemustert

Damen-Strümpfe - 1.75
schl. künstl. Seide m. Hochl. Le. Krupp, Moko, oder reine Wolle gewebt, oder

Herren-Socken - 2.60
schwer, gestr., kamelhaarf. r. Wolle

Damen-Strümpfe - .50
künstl. Seide m. Flor, od. m. Wolle hinterlegt, oder Damen- u. Herren-Sport-Strümpfe
reine Wolle
Steigerung 10 Pf.

HERMANN KARLSRUHE



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Februar, 1804 Philosoph Immanuel Kant. — 1809 Naturforscher Charles Darwin. — 1837 Rev. Schriftsteller Ludwig Börne. — 1929 Rathaus Leiden abgebrannt. — 1929 Dr. Albert v. Schrenck-Notzing, Parapsychologe (Okkultismus). — 1929 Reparationsjahrverständnis in Paris. Konferenzbeginn.

Der Herr Kirchenpräsident und die Schwarz-weiß-rote Fahne

Wir brachten vor Kurzem die Notiz, daß das Gebäude des Präsidenten der evangelischen Landeskirche anlässlich des Reichsgründungsstones mit einer Schwarz-weiß-roten Fahne besetzt war. Das Organ der religiösen Sozialisten hat sich mit dieser Sache ebenfalls beschäftigt und bringt in der letzten Nummer folgende Notiz: Der Herr Präsident ist von uns um eine Erklärung gebeten worden. Der Herr Präsident schweigt. Einem unserer Freunde, der sich bei dem Herrn Präsidenten selbst vergewissern wollte, wie es mit der Nachricht liege, erklärte der Präsident, daß tatsächlich die Schwarz-weiß-rote Fahne von einem Beamten des Oberkirchenrats aus dessen Privatwohnung herausgehängt habe. — Inzwischen haben wir in Erfahrung gebracht, daß die Fahne aus dem Fenster des Herrn Präsidenten selbst herausgehängt hat.

Auf die Einwendung unseres Freundes, daß diese Staatsfeindliche Demonstration der obersten Kirchenbehörde unserer Kirche außerordentlich schaden könne, sagte der Herr Präsident: „Staatsfeindlich? Wenn wir gegen diese Regierungsform nicht freudlich eingestimmt sind, so ist das doch keine Staatsfeindschaft!“ Auf die Feststellung unseres Genossen, daß durch diese Einstellung große Erregung in den republikanisch und sozialistisch eingestellten Massen unseres Kirchenwesens ausgelöst werden könnte, antwortete der Herr Präsident: „Das ist mir ganz egal, die Leute können reden und denken was sie wollen!“

Die Gewerkekrankheiten in der Unfallversicherung

Ueber dieses Thema hielt am Dienstagabend im Rahmen des Bildungsprogramms des Gewerkschaftskomitees Herr Professor Dr. Holmann vom Gewerbeaufsichtsamt im Volkshaus einen instruktiven Vortrag. Er betonte, daß die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfälle, die zum Bezug von Unfallrente berechtigen, noch keinen definitiven Abschluss gefunden hat und daß die bisherige Lösung dieser Frage eigentlich niemandem recht befriedigt. Beim Reichsversicherungsamt in Berlin ist ein eigener Senat zum Zwecke der Beilegung der als Unfall geltenden Berufskrankheiten errichtet worden. Als Unfall gelten Krankheiten, die der Arbeiter sich im Umgang mit Blei, Arsen und ausländischen Holzarten zugezogen hat. Durch Blei gefährdet sind besonders die Berufe der Maler und Schriftsetzer. Dabei muß hervorgehoben werden, daß Bleiblaug und Bleibäume am meisten gesundheitsschädlich sind, wogegen sich der Arbeiter auch sehr schwer schützen kann. Gegen Bleivergiftung durch bleihaltige Sände kann schon das prinzipielle Verbot der Bleiblaug durch die Arbeiter erreicht werden. Blei als Unfallkrankheit, die im Berufsverkehr durch Quecksilber, Benzol oder Benzol erworben werden, ebenso durch Umgang mit Zinn und Blei. Auch die bei Galvanisierungsarbeiten erworbenen Hautkrankheiten fallen hierunter. Die Krankheiten, die durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen entstehen, gelten ebenfalls als entschädigungsberechtigte Unfälle. Beruflich sehr gefährdet sind auch die Steinarbeiter, deren Erkrankung der Lunge durch Steinstaub auch als Berufskrankheit gilt, die zum Bezug von Unfallrente berechtigt.

Hierbei muß immer durch Röntgenbild nachgewiesen werden, daß die Lunge durch Steinstaub krank geworden ist. Bedauerlich ist, daß die Berufskrankheiten der Sandstrahlbläser nicht zum Bezug von Rente berechtigen. Schwerhörigkeit der Schlosser und anderer Star stellen auch als rentenbezugsberechtigende Berufskrankheit. Der Redner wies am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß das Gesetz noch bedeutende Lücken hat und daß es falsch ist, wenn oft der Arzt behauptet, wenn ein Arbeiter mit seinem Anspruch auf Rente abgewiesen wird, der beste Arzt ist an die bestehenden Gesetze gebunden und kann sie nicht ändern. Es ist Sache der Arbeiterschaft, dahin zu wirken, daß die bestehenden Unfallgesetze in ihrem Sinne geändert werden. Die aufsuchende Versammlung spendete dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag lebhaften Beifall.

Zahlreiche aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfragen wurden vom Redner ebenfalls befriedigend beantwortet. Der Leiter der Versammlung, Kollege Erb, wies noch darauf hin, daß es nur dem Vorgehen der Gewerkschaften zu verdanken ist, daß überhaupt Berufskrankheiten seit jüngster Zeit als Unfall gemeldet werden und daß die Arbeiter mitarbeiten müssen, daß das Gesetz dieser Berufskrankheiten bedeutend erweitert wird.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Auf der Kaiserstr. wurde gestern Abend ein Kaufmann, der einen beleuchteten Handwagen hoch, von einem rücksichtslosen Kraftwagenführer angefahren und zu Boden geschleudert. Der Kraftwagen fuhr, ohne sich um den Unfall zu kümmern, davon. Der Kaufmann erlitt geringfügige Verletzungen.

Bergamotte Nacht fuhr ein Autofahrer in der östlichen Kaiserstr. auf eine dort am Gehweg aufgestellte Werkbühne auf. Dem Drohnenbesitzer entstand ein Sachschaden von etwa 400 Mark. Der unvorsichtige Fahrer trug eine unbedeutende Verletzung davon.

Einsteigebiebstahl

In der Nacht zum Mittwoch stiegen unbekannte Täter in eine Wirtschaft in der Hardtstraße ein und entwendeten eine größere Menge Zigaretten, Likör, Cognac, Schokolade und Schinken im Gesamtwert von etwa 240 Mark. Die Ermittlungen sind im Gange.

Ein rabiaten Bettler

Ein 42 Jahre alter Invalide, der in angetrunkenem Zustand auf der Kaiserstraße auf dem Gehweg sitzend Passanten um Geld anbettelte, wurde am Mittwoch Abend bei der Festnahme gegen den Zahlungsbereitschaftigen gemaltätig, sodass der Notru zu Hilfe geholt werden mußte.

1700

Bankhaus STRAUS & CO.
KARLSRUHE I. B.

Fernsprech-Anschlüsse
Stadtverkehr Nr. 4430 bis 4435 Fernverkehr Nr. 4901 bis 4903 Devisenabteilung Nr. 4439

Faschistische Wirtschaft Faschistische Kultur

Eine eindrucksvolle Kundgebung der Sozialdemokratie

Die antifaschistische Kundgebung gestern Abend in der Festhalle war gut besucht, aber die Wichtigkeit der Sache hätte ein noch größeres Aufgebot der republikanischen Kreise verdient. Der Gesangsverein „Vorwärts“ leitete den Abend mit dem so wirkungsvoll klingenden Lied „Sturm“ ein, das er unter Leitung des Gen. Duchs prächtig wiedergeben mußte.

Kurz und prägnant begrüßte Gen. Koch die Erschienenen. Schon hatte er dem Referenten das Wort erteilt, als der kommunistische Stadtrat Bauer das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Aber zu spät, und zwar auf Grund der allgemein geltenden Geschäftsordnung. Er forderte nun seine Getreuen auf, den Saal zu verlassen. Einige Dutzend Leute folgten ihm. Der Saal schloß widemei dem Vorgang größte Aufmerksamkeit und die Verammlung amüsierte sich förmlich, als die Moskowiter ausgerechnet bei einer antifaschistischen Kundgebung den Aussug der 107 Reichstagsnazi aus dem Reichstag forderten. Ein echtes Kommunistentheater!

Alsdann betrat der Redner des Abends, Gen. Dr. Hartmann, mit starkem Beifall begrüßt, das Redneramt. Er begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den soeben erfolgten Aussug der KPD-Leute, bei denen der Aussug der 107 Nazis aus dem Reichstag schon Schule gemacht hat. Derselbe Agitationsstempel, die nur eine Waise nach Verzicht abliefern können, könne man allerdings im neuen Deutschland nicht mehr brauchen. Das Verlassen des Kampfes im Reichstag durch die Nazis gab dem Redner Veranlassung auf den Schaden hinzuweisen, die die Nazis durch ihre Agitation im Lande verrichten können, wenn sie nicht auf geistigen Grund beissen werden. Ein offenes Bekenntnis zum Reichstagsamt folgte, das Redner als den älteren Schutz bezeichnete. Dieser genügte jedoch nicht, sondern es gelte die gesamte Waffenschmiede zu errichten, um auf dem Posten zu liegen gegenüber dem Faschismus unter starker Hervorhebung ihres Gen. Hartmann den Glauben an die sozialistische Sache als eines der Mittel im Kampfe, um jedoch unter ebenbürtiger Betonung zu sagen, daß die Weltwirtschaftskrisis nicht aufzuhalten werden könne durch irgendwelche Staatsform und daß der Faschismus keine Garantie bietet gegen die Weltwirtschaftskrisis. Um den Beweis dafür zu erbringen, ging er auf italienische Verhältnisse ein, die er an Ort und Stelle studiert hat, also sich nicht auf das Nachsagen beschränken mußte. Er beschränkte den Faschismus in Italien als die letzte Ausflucht des Kapitalismus, um ihn aus der Krise herauszusuchen oder bestenfalls einen guten Abgang zu sichern. Auf Grund der eigenen Anschauung im „Paradies“ Mussolinis schilderte er, wie wohl das italienische Volk mit Begeisterung darauf ist, aber auch das geistige Leben Italiens uniformiert wird.

Mit großem Interesse verfolgte die Versammlung die Darlegungen des Redners über sein Gesicht mit dem Duce. Er beschrieb die dabei der strengsten Objektivität, wie überhaupt gelang werden muß, daß der Gen. Hartmanns Vortragswort frei von allen Schlagwörtern und Entschuldigungen schnell verrauchender Begeisterung ist, daß sich bei ihm erste Sachlichkeit und Auffassung im Vordergrund. Besonders wies er auf die Auslegung Hegelscher Ideen durch Mussolini hin, die in diametralen Gegensatz zu der Auffassung von Karl Marx über Hegel stehen. Gen. Hartmann malte ein Wirklichkeitsbild aus Mussolini-Italien, das neben wenigen hellen Tönen so außerordentlich stark und viele dunkle Farben aufweist. Nicht überlebte patriarchalische Zustände, wie sie Mussolini in Italien als Ideal vorstreckt, sind für das industriell hochentwickelte Deutschland von Bel, sondern analog der ganzen Entwicklung ist der Klassenkampf das Gegebene. Gen. Hartmann veräußerte natürlich auch nicht, auf den Kriegseifer der italienischen und deutschen Faschisten hinzuweisen, wobei er besonders hervorhob, daß die Faschisten ganz übersehen, daß die Kriegskriegskrieg die wirklichen Kriegsgewinnler sind.

Im zweiten Teil beschäftigte er sich mit dem Lebens- und Kulturstand der italienischen Arbeiter. In Italien ist nur eine aufsteigende Kultur zu finden. Nicht aus der Volkstiefe kommt die faschistische Kultur, sondern alte historische Werte werden wieder aufgeführt, also eine Museumskultur macht sich breit. Wohl, so betonte der Redner, sind Geisteskräfte am Werk, aber in unrichtiger, nur auf den Faschismus ausgerichteter Weise. Die Freiheit des Menschen zum Schönen und zum edlen Wettbewerb wird vernichtet.

Zum Schluß schilderte er das Jenseits des Faschismus in seiner Einstellung zur Kirche und forderte, daß das Christentum in sozialistischer Weise keine Auslegung finden möge. Mit dem Hinweis auf die abgelaufene Kulturpolitik von Dr. Brüder und Hitler, aber dafür die Stellung des Bibels des neuen Menschen in der Mittelpunkt der gesamten Kultur und Wirtschaft ist, so seine Ausführungen, die eineinhalb Stunden Belehrung über faschistische Wirklichkeit waren. Mit lebhaftem Beifall quittierte die Versammlung.

Ein kurzes Schlußwort des Gen. Koch und die eindrucksvolle und ohne jeden Zwischenfall verlaufene Kundgebung erreichte um 0.45 Uhr ihr Ende.

Gen. Dr. Hartmann

führte etwa aus:
Es scheint so, als ob der Aussug der 107 Nationalsozialisten Schule macht. Man will ansehend nicht mehr hören, sondern glaubt Deutschland nicht mehr brauchen, sondern nur die Menschen, die vorgebrungen sind zur Sache selbst. Und wenn jetzt viele erleichtert aufatmen werden, daß die 107 Nazi den Kampfplatz verlassen, so wissen wir doch, daß sie unachtern Schaden anrichten, wenn nicht überall ihnen Menschen entgegenzutreten können, die ihnen ihren Untun nachweisen. Der äußere Schutz allein wird unsere Republik nicht sichern, wenn wir nicht mit geistigen Waffen auf dem Posten sind. Zu unserer geistigen Vertiefung will ich einiges aus meiner Erfahrung ihnen mitteilen. Es war mir vergönnt, die Grundprinzipien von der Neugestaltung des italienischen Volkes an Ort und Stelle zu studieren. Es wird immer gesagt, erst durch den Faschismus sei das italienische Volk wieder ein Volk geworden, das an sich selbst glaubt. Wir können vom italienischen Faschismus lernen. Er versteht es die Jugend einzubannen für den neuen Staat. Und da ist heute Abend die brennende Frage, wie denn dieser Staat aussieht. Der Faschismus ist keine Garantie dafür, daß der Staat nicht hineingerissen wird in die Wirtschaftskrisis.
Der italienische Faschismus ist die letzte Ausflucht des Kapitalismus

der sich noch einmal aus dem Untergang retten will, sich aber bestenfalls nur einen guten Abgang sichert. Ich möchte alle jene Parteien des Faschismus berühren, die mir alle aus Remis Buch kennen, die Unterdrückungsmethoden brutaler und mitunter auch freudiger Art. Es sind diese Kampfmittel, die von unseren Faschisten freudig aufgenommen werden und die damit jetzt schon kämpfen, bevor sie an der Macht sind. Dagegen hilft nur

energievolle Abwehr

und es ist erfrischend, daß allenthalben dagegen energisch Front gemacht wird, wie die neuesten Vorgänge auch in München beweisen. Ansehend traut sich Hitler nicht zu, die Dinge zeitig zu durchzuden, sondern er überläßt dies Herrn Feder. Aber Mussolini ist geradezu besessen von der Idee, daß der Mann ist, der nach Europa beeinflussen kann. Und es zeigt sich, daß es Mussolini gelungen ist, die ganze italienische Nation herauszuholen aus dem tiefen Abse. Ob es nun nicht eines Tages heißt: die Geister, die wir rief, die wird es nicht mehr los, Mussolini hat mehrere Seelen in seiner Brust und hat trotz allen Gabelfassens erst Amerika gegenüber betragt, daß er durchaus friedlich gemeint sei. Wenn man Faschismus als etwas ganz Ungläubliches bezeichnet, laute, daß der Faschistische Geist der heutigen Zeit durch den Faschismus unterdrückt werden soll. Das geht in Italien ganz gut, das viel einfachere patriarchalische Verhältnis hat als Deutschland, es kann gut unterdrückt werden. Die Unbeherrschbaren, die dem deutschen Volk eine Unmöglichkeit auszuweisen wollen, werden eines schönen Tages eine bittere Enttäuschung erleben. Es kommt mir darauf an, zu berichten, was ich mit Mussolini gesprochen habe. Wir sind liberale Idealisten, aber der Mensch ist kollektiv geworden, er muß sich einordnen in die Kampfbewegung wie es Marx vorausgesehen hat und er hat sich eingekleidet in Organisationen, mit denen eine neue Welt geschaffen werden kann. Mussolini sagte: Wir sind Hegelianer. Aber Mussolini läßt Hegel auf den Kopf stehen und errichtet einen obliquen Staat, der ihn nebenbei ungeheure Summen kostet, die er auf die Dauer nicht wird aufbringen können. Er hat sich weiter zum Faschismus bekannt, aber unter der Bedingung, daß Frankreich abzurufen. Aber so werden wir nie zur Abrüstung kommen wenn immer der eine auf den anderen wartet, bis dieser anfängt. Es hat weiter gesagt, daß ihm fallen sich alle vorfühlen und er hat sich unter Schwereindustrie verweilen, die wirtschaftlich die Verhältnisse auslöst. So sehr er hier richtig liegt, so läßt er sich doch durch, daß die Industriellen ein Interesse daran haben, daß der Arbeiter nicht überlebt wird.

Der Faschismus ist ein Kräfteverleer des Kapitalismus

der sich dadurch am Ruder halten will. In Italien sind Gewerkschaften eingerichtet, in die jeder Arbeiter Beiträge zahlen muß, gleichgültig ob er Mitglied ist oder nicht. Da ist es kein Wunder, daß alle Arbeiter in die Gewerkschaft sich aufnehmen lassen, denn jeder will sich, wenn ich schon Beiträge zahlen muß, will ich auch auf die letzten Einrichtungen Anspruch haben; Einheitsgewerkschaft, der der italienische Arbeiter folgt. Wir leben von einem patriarchalischen Staat zwangsmäßig ein Solium aufgebaut und den Klassenkampf künstlich unterbunden. Das Merkmal ist nur, daß es sich um die Arbeiter handelt, alle gegen den Arbeiter gehen, das also der brutale Klassenkampf nach Tausende ist.

Der Klassenkampf ist überall Tausende und es ist eine Notwendigkeit durch Volk einfach unmöglich machen zu können. Der Klassenkampf in Italien ist aber der, daß der Kapitalismus, wenn auch patriarchalischer gemäßigter Form, erhalten wird. Der Faschismus ist ein Nationalismus, der das wahrhaft Nationalen vernichtet und die Anbetung von Idealen und Götzen. Unsere Nazi merkten nicht mehr, daß der Begriff des Nationalen oberflächlich und der des Sozialismus direkt unklar ist. Da hat man nun die Trübsal des sozialen und raffenden Kapital erfinden. Aber ich möchte wissen, was die Grenze zwischen diesen beiden Begriffen ist. Und die Idee eines Frederickianen Theorie ist eine Seitenblase, die nichts hilft und einen schönen Tages in der zweiten Inflation enden wird. Mussolini will aber nicht nur für den Frieden, sondern auch für den Krieg das Land selbständig machen. Wir dürfen aber nicht die Gefahr vernachlässigen, daß wenn man immer vom Krieg redet, eines schönen Tages die Leute von selbst losgehen. Die Faschisten leben nicht ohne, daß der Kriegsgewinnler immer der Kriegserreger ist.

Kampfgeschichte

geschaffen wird, die die großen Profite bedingt, daß ein Arbeiter ein Staublanger für 130 Mark verkauft werden kann, dessen Schulden fasten 17 Mark betragen. Man muß sich davon hüten, den Klassenkampf des italienischen Arbeiters mit dem der deutschen zu vergleichen. Wasgebeht ist, wie der Arbeiter sich fühlt, ob er in Italien ist oder in Deutschland. Es ist in Italien, daß Italien sich nicht nur unheimlich unheimlich, aber es ist eine empörende, eine unheimlich faschistische Kultur, bei der der Arbeiter nicht mehr, daß er nicht mehr, sondern die Faschisten sind, die die Arbeiter vernichten und rote Fahnen schickt werden und daß Streiks ausbrechen, die mit Gefängnis unterdrückt werden.

Die faschistische Kultur ist nicht etwas aus der Tiefe des Volksbewußtseins Kommendes, sondern es ist die, daß man die alten Werte mit bemunderten Wertes fleisch erbeidet.

Das Volk arbeitet aber an dieser Kultur nicht mit, wie das von einem Kollektivempfinden erwartet werden muß. Immer der oligarchischen Idee Zug auch in der Kultur. Mussolini hat bedauert, daß die Jugend so stark in militaristischem Geiste erzoogen wird. In den Jugendlagern habe ich Plakate gefunden, die die Jugend zu sagen: Mussolini hat immer recht! — Das ist die Furcht vor der Herrichtung von Putsch, aber nicht der Geist von der Freiheit. Wir verstehen unter Kultur die Freiheit der Menschen zum Wettbewerb. Wir wollen die Vielheitigkeit des geistigen Lebens es soll jedem die Möglichkeit gegeben werden, seine geistigen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Beständig der Kirche sagte Mussolini: Die Kirche betrachtet, immer als die Sonne und den Staat als den Mond. Dabei zeigt er, daß er im Grunde seines Herzens antichristlich eingestellt ist. Es ist also etwas faul, wenn man immer so tut, als ob man religiös sei und innerlich sich auf seine persönlichen Freiheit bezieht. In Wirklichkeit treiben auch die deutschen Faschisten Potenzen, die der mit Rücksicht nichts zu tun hat. Der Antifaschismus ist es auch bewiesen, daß er gegen den Faschismus immun ist. Die Unerschlichkeit der Faschisten und Nazis hat nur den Zweck, sich gegen die Widerstände und Abhängen zu schützen.
Man nennt auch in Italien Kulturpolitik, indem man die Kultur umgibt, bei der italienischen Heberbekehrung immer weiter gelantet werden zu können. Wenn wir in den Mittelpunkt unserer geistigen Kultur, Faschismus und Kulturpolitik das Bild der neuen Menschen der neuen Ordnung stellen, dann werden wir auch das vollständige Gegenstück kennen können. (Mittiger Beifall.)

Schneider und Schneiderinnen

Auf vielseitigen Wunsch veranstalten wir im Einvernehmen mit der Schneider-Innung Karlsruhe ab 2. März 1931 einen

Voll-Zuschneide-Kursus

für die gesamte Herren- und Damen Garderobe zu bedeutend ermäßigtem Preise. Wir lehren das „Einheitsystem“ des Deutschen Zuschneider- und Direktoren-Verbandes, dem auch die Schulen Berlin, Hamburg und München angeschlossen sind. Keiner verlässt die äußerst günstige Gelegenheit, sich im modernen Zuschchnitt perfekt auszubilden. Davon hängt das Gelingen einer guten Arbeit ab. Besonders den Damenschneiderinnen ist, um der heute rasch wechselnden Mode gerecht zu werden, Gelegenheit geboten, die Kunst des modernen Zuschchnittes zu erlernen.

Am Freitag, den 13. Februar 1931, abends 8 Uhr, findet im Hotel „Goldener Adler“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 12 eine

Versammlung

zur Aufklärung und Besprechung statt. Wir laden alle Kollegen und Kolleginnen sowie Interessenten zu recht zahlr. Besuche ein. Anfragen und Anmeldungen bezüglich des Kursus nehmen entgegen Herr Lehmann, obermeister Val. Drach, Karlsruhe, Akademiestr. 33, Geschäftsstelle der Innung, Karlsruhe, Steinstr. 23.

Zuschneide-Lehranstalt des Ersten Frankfurter Zuschneider-Vereins e. V., Frankfurt a. Main, Zell 63

Verfeinerung.

Am Mittwoch, 18. und wenn nötig Donnerstag, 19. Februar 1931, vormittags von 9 Uhr an, nachmittags von 2 Uhr an, findet im Verfeinerungslokal des Stadtmagazins, Schwanenstr. 6, 2. St., die öffentl. Verfeinerung der verfallenen Pfänder vom Monat Juni 1930 Nr. 19442 bis mit Nr. 23452 gegen Barzahl. statt. Zur Verfeinerung gelangen: Gold- und Silbergegenstände, Schmuck, Uhren, Brillen, Instrumente usw. Näheres und Anmeldefristen können Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im Stadtmagazin, Schwanenstr. 6, 2. St., erfragt werden. Das Verfeinerungslokal wird 1/2 Stunde vor Verfeinerungsbeginn geöffnet. Die Kohle bleibt an dem Verfeinerungstage und am Tag vorher nachmittags geschlossen. 431

Karlsruhe, 27. Jan. 1931
Städt. Pfandleihkasse

Wohnungsaufschub:
Schöne Drei-Zimmerwohnung gegen sichere Pfandsumme nur 100,- zu tauschen. Näheres erfragen bei: 47 bei Sebald

Steuern

Beratung in allen Steuerangelegenheiten, Steuererklärung / Steuerbilanz, Stellung von Stundungs- und Erlaß-Anträgen, Durchführung von Rechtsmitteln usw.

Bilanzen, Revisionen, Gutachten
Dipl.-Kfm. Dr. H. Heudorfer
5141 Schwarzwalddstraße 25 Telefon 2756

Kronenfels Kronenstr. Nr. 64

Heute großer Kappen-Abend

Auftreten bekannter Bühnenredner
Es ladet freundlichst ein
d' Karoline und de Theodor

Unstreitig die best. blauen Arbeiter-Anzüge zu Mark 10.00 und 12.50
Hosen, Windjoppen usw. beim
Friedrich (SPD)
jetzt Douglasstraße 22.

1708 Prima Wecker-Uhren

(wie Abbildung) mit Garantie das Stück 4,- Mk. empfiehlt
Chr. Fränkle, Goldschmied
Karlsruhe, Kaiser-Passage

Frische Fische

- Direkt von der See:
- Grüne Heringe 22 Pfund
- Prima Jsland-Kabliau 27 im ganzen Pfd. im Anschnitt Pfd. 30
- Schellfische koplos. Bratschellf. 30 Pfund
- Kabliau-Filet Pfd. 50
- Kieler Sprotten u. Bücklinge stets frisch zerhackert
- Bratheringe o. K. 1 Liter-Dose 85 1/2 Liter-Dose 50

Pfannkuch

5% Rabatt

Ämtliche Bekanntmachungen

Bürgersteuer.

Die nach der Anordnung des Herrn Landeskommissärs vom 12. Januar 1931 von der Landeshaupthauptstadt Karlsruhe zu erhebende Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1930 ist je zur Hälfte auf 15. Februar und 20. März 1931 fällig. Steuerpflichtig sind alle Personen, die am 1. Oktober 1930 in Karlsruhe wohnen und an diesem Tage über 20 Jahre alt waren. Die Steuer wird von allen Beteiligten — auch von allen Wohnortpflichtigen — durch besondere Vorbenachrichtigung angefordert, mit deren Zustellung am 12. Februar 1931 begonnen wurde. Die näheren Bestimmungen über die Höhe der Steuer, über die Steuerermäßigungen und Befreiungen enthalten die Vorbenachrichtigung (Kaufbriefe).

Die Einzugsstelle für die Bürgersteuer befindet sich in den Geschäftsräumen des Hauses Ritterstraße Nr. 5 (Ecke Ritter- und Jägerstraße — Haus Köhler) und ist vom 19. Februar 1931 ab jeden Freitag von 8—12 Uhr geöffnet. Um eine möglichst reibungslose Abwicklung der herein Einzugsarbeiten zu gewährleisten, werden die Steuerpflichtigen durch besondere Anzeigen in den Tagessetzungen stufenweise zur Zahlung an bestimmten Tagen aufgefordert. Die barsahlenden Steuerpflichtigen werden dringlich ersucht, diese Zahlungstage pünktlich einzuhalten.

Mit dem Barzinssatz wird am Donnerstag, dem 19. Februar 1931, vormittags 8 Uhr, begonnen. Die ersten 3 Einzugsstage, also der 19., 20. und 21. Februar, sind für alle Steuerpflichtigen bestimmt, die in den Anfangsbuchstaben A, B und C wohnen (Abstraße bis Charlottentstraße). Bei Barsahlungen ist der Forderungsschein vorzulegen.

Wer sich die mit der Barzahlung verbundenen unannehmlichen Unannehmlichkeiten (besonders längeres Warten im Kassenraum) ersparen will, zahlt oder überweist an die Stadthauptkasse barschlos auf eines der auf der Vorderseite des Forderungsscheines angegebenen Konten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, das auf der Vorderseite des Forderungsscheines (links oben) anzugeben, dass die Zahlungsbefreiung (S. 1. Nr. 1) genau anzusehen, da sonst die Gewähr für eine richtige Vereinnahmung nicht geboten werden kann.

Steuerpflichtige, deren wirtschaftliche Verhältnisse es erfordern, werden ersucht, zur Vereinnahmung des angegebenen gesamten Steuerbetrags auf einmal zu verzichten.

Anträge auf Steuerermäßigung können, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, schriftlich oder mündlich gestellt werden; sie sind aber in allen Fällen zu begründen und mündlich durch Vorlage von Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Einkommens im Kalenderjahr 1929 glaubhaft zu machen. Schriftliche Anträge sind — unter genauer Angabe des Forderungsscheines — an die Stadthauptkasse zu richten, während mündliche Anträge — unter Vorlage des Forderungsscheines — nur bei der Einzugsstelle im Hause Ritterstraße Nr. 5 gestellt werden können.

Anträge auf Steuerermäßigung können, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, schriftlich oder mündlich gestellt werden; sie sind aber in allen Fällen zu begründen und mündlich durch Vorlage von Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Einkommens im Kalenderjahr 1929 glaubhaft zu machen. Schriftliche Anträge sind — unter genauer Angabe des Forderungsscheines — an die Stadthauptkasse zu richten, während mündliche Anträge — unter Vorlage des Forderungsscheines — nur bei der Einzugsstelle im Hause Ritterstraße Nr. 5 gestellt werden können.

Wer an den Fälligkeitstagen (15. Februar und 20. März 1931) Arbeitslosen- oder Arbeitslosenunterstützung bezieht, wer an diesen Tagen laufend öffentliche Fürsorge (auch als Kleinrentner) genießt oder eine Zulagenrente nach § 88 des Reichsversicherungsengesetzes empfangt, wird ohne weiteres von der Bürgersteuer befreit, wenn er seinen Forderungsschein dem Arbeitsamt oder dem Fürsorgeamt vorlegt. Ein besonderer Antrag bei der Stadthauptkasse oder der Einzugsstelle Ritterstraße Nr. 5 ist dann nicht erforderlich. Im Beachtung der im Arbeitsamt und Fürsorgeamt ausstehenden Bekanntmachungen mit der Ueberschrift „Bürgersteuer“ wird gebeten.

Wer an den Fälligkeitstagen eine Rente aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung (Invalidenrente Unfallrente u. dergl.) empfängt und nicht mehr als 900 RM. Gesamtjahreseinkommen hat,

TIETL Lebensmittel Stets frisch Stets gut Stets billig

Verkauft soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

- Dessert-Käse o. Rinde, 3 Schacht. 45
- Allgäuer Münsterkäse überfett 55
- Bayr. Butterkäse vollfett, 1/2 Pfd. 70
- Persische Aprikosen besond. süß 54
- Kalif. Pflaumen Pfd. 60, 45, 30
- Kalif. Mischobst besond. erziehb. 65
- Kalif. Birnen Pfd. 65
- Kalif. Sultaninen Pfd. 60, 48
- Kalif. Ringäpfel Pfd. 70
- Eine Auslese eleganter Rheinweissen:
 - 29er Liebfrauenmilch 1/4 Fl. 1.60
 - 29er Nierstein. Fritzenhöll 1/4 Fl. 1.70
 - 29er Niersteiner Domthal 1/4 Fl. 1.80
 - 29er Oppenheimer Go.berg 1/4 Fl. 1.90
 - Fröhlicher Weinberg Feinster Platz-Steinberg 1/4 Fl. 1.60
 - Hertie Fruchtschaumwein inkl. Steuer und Glas 1/4 Fl. 1.90
- Fische frisch eingetroffen!
 - Schellfisch ca. 3-5 Pfund schwer 19
 - Kabliau im Anschnitt Pfd. 25
 - Kabliau Filet Pfd. 38
- Ski-Proviant
 - Diverse Suppen mit Einlage 7 Sorten Dose 70
 - Diverse Fleischgerichte mit Einlage, 6 Sorten Dose 80
 - Schlackwürst. bek. Tietz-Quarkkäse 1/2 Pfund 55
- Wir haben unsere Brotpreise wiederum herabgesetzt:
 - Bauernbrot 3 Pfd. Laib 52
 - Hannover Art 1/2 Pfd.-Laib 29
- Frische Eier 10 Stück 85
- Trink-Eier 10 Stück 95
- Holländ. Kalkeier extra groß 10 St. 1.10
- Junge große Bohnen 2 Pfd.-Dose 95
- Junge Kohlrabi 2 Pfd.-Dose 50
- Pflaumen 1/2 Frucht 2 Pfd.-Dose 75
- Erdbeeren 1 Pfd.-Dose 80
- Div. Zweifrucht-Marmelade Steinrut-Topf 4 Sorten, ca. 1200 Gramm 1.-
- Bayr. Malz-u. Honig-Bonbons 1/4 Pfund 15
- Schokol.-Likörbohnen 1/4 Pfund 25
- Weinbrandbohnen 1/4 Pfund 35
- Schokolade-Sortiment 3 Tafeln 1.-
- Vollmilch-Schokolade 1/4 Pfund 90
- Pralinen Krt 400 gr 90, Kart. 200 gr 50
- Blockschokolade 1 Pfund 45
- Blockschokolade 5 Tafeln, à 100 Gr. 95

- Ein Waggon ausgesucht schöner Blondorangen 4 Pfund 78
- Ein Waggon ausgesucht schöner Doppelblut „Alicras“ 4 Pfund 98

Dörrfleisch 1.38 Pfund

Kassier Rippenleber 1.38 Pfund

Bierwurst 1.18 1/2 Pfund 30, Pfund

Margarine 42 Pfund - Würfel

Heute große Festhalle 8 Uhr
Wohltätigkeits-Akademie
VeraSchwarz und das Programm der Prominenten
Karten sind noch zu haben von 60 Pfg. an aufwärts

Heute Donnerstag 8.30 Uhr
Humoristisches Konzert der Kapelle
Franz Oseneeg
Eintritt frei kein Weinzwang

Colloleum
Heute 8.30 Uhr
Drei Entscheidungen
Kopp-Wildmann
Stolzewald
Thomson
Fehring-Klach

Heute 2.30 Uhr
3 Ausnahmestage bei
Donnerstag, Freitag, Samstag

Weil's so gut schmeckte, nochmals

2 Sauerkraut zusammen
1/2 Speck geräucherter
3 Frankfurter
zusammen
65

2 Linsen
2 Bohnen
2 Erbsen
1/2 Speck geräucherter
3 Frankfurter Paar
zusammen
95

... und 5% Rabatt

Pfannkuch

100 PROZENT mehr Verdienst durch drei Worte ständig originell auffallend nserieren

Neue vollständige Ausgaben
Handelsgeleitzbuch mit sämtlichen Neben-gesetzen stattdlicher Leinenband von 318 Seiten RM 2.85
Bürgerliches Geleitzbuch mit Ergänzungsgesetzen stattdlicher Leinenband von 336 Seiten RM 2.85
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe (Baden)
Waldstraße 28 Fernruf 7020/21

100 PROZENT mehr Verdienst durch drei Worte ständig originell auffallend nserieren